

Daten – Namen – Nachrichten 2024

Zusammenstellung: Michael Schmidt-Neke für Albanien, Stephan Lipsius für Kosovo / Ex-Jugoslawien

JANUAR

01. ff Berisha-Anhänger demonstrieren Zahlreiche Anhänger des unter Hausarrest stehenden Sali Berisha versammeln sich täglich vor dem Wohnblock mit seiner Wohnung. Berisha hält kurze Ansprachen.

01. Visaliberalisierung für Kosovo Mit Beginn des neuen Jahres können kosovarische Staatsbürger ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen. Kosovo ist damit das letzte Land des Westbalkans, das von der Visaliberalisierung der EU profitiert. Von der Regelung ausgeschlossen bleiben weiterhin Inhaber von serbischen Reisepässen, die von den serbischen Parallelstrukturen in Kosovo ausgestellt wurden. Diese waren zuvor bereits von der Abschaffung der Visapflicht mit Serbien (Dezember 2009) ausgenommen worden. – Am 06.01. gibt das kosovarische Außenministerium bekannt, dass Spanien, das die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennt, die Reisepässe der Republik Kosovo als gültige Reisedokumente akzeptiert.

05. Gesetze gegen Cybermobbing angekündigt Parlamentspräsidentin Lindita Nikolla kündigt schärfere Strafgesetze gegen Cybermobbing an. Anlass ist der Selbstmord der 41jährigen Bedrie Loka, die sich nach einer Serie von online-Beleidigungen vergiftet hatte.

08. Erstmals albanische Bürgermeisterin in den USA In der US-amerikanischen Kleinstadt Fairview (New Jersey) wird mit Violeta Berisha erstmals in den USA eine Albanerin als Bürgermeisterin vereidigt. Nach ihrer Nominierung durch die Demokratische Partei war sie ohne Gegenbewerber angetreten. Die Eltern der Bürgermeisterin waren 1951 aus Albanien nach Italien geflohen und später in die USA emigriert. Die Vereidigung von Violeta Berisha stößt auf ein breites Echo. Zu den Gratulanten zählen u.a. Albaniens Präsident Bajram Begaj sowie die US-Botschaften in Tirana und Prishtina.

10. Ahmetaj verliert Mandat Der auf der Flucht vor der Justiz befindliche frühere Finanzminister Arben Ahmetaj verliert offiziell sein Parlamentsmandat, das er seit sechs Monaten nicht wahrgenommen hat. Für die PS rückt Plarent Ndreca nach.

10. Blendi Gonxhja soll Superminister werden – Opposition protestiert Im Anschluss an eine zweitägige Kabinettsklausur in Lezhë kündigt Ministerpräsident Rama u.a. die Bildung eines Superministeriums für Wirtschaft, Kultur und Innovation an; dies sei besonders wegen der digitalen Infrastruktur erforderlich. Sein Personalvorschlag Blendi Gonxhja trifft auf heftige Kritik der Opposition. Berisha bezeichnet ihn als Nummer Drei der Korruption nach Rama und Bürgermeister Veliaj. Der 1970 geborene Gonxhja leitet z.Z. die Verkehrsbehörde und war früher u.a. in der Stadtverwaltung von Tirana tätig.

11. Antikorruptions-Staatsministerium – neuer Finanzminister Rama kündigt die Schaffung eines weiteren neuen Staatsministeriums für Verwaltung und Korruptionsbekämpfung an, das mit der bisherigen stellvertretenden Justizministerin Adea Pirdeni besetzt werden soll. – Finanzministerin Delina Ibrahimaj wird durch Ervin Mete ersetzt und wird Staatsministerin für Unternehmensförderung. Nach zahlreichen Umbildungen hat das Kabinett Rama III damit die nebenstehend gezeigte Zusammensetzung (alle PS bzw. von der PS vorgeschlagen). 11 von 18 Kabinettsmitgliedern sind Frauen.

12. Javelin-Panzerabwehrraketen für Kosovo Nach Angaben des US-amerikanischen Außenministeriums haben die USA den Verkauf von 246 Javelin-Raketen des Typs FGM-148F sowie von 24 Starteinheiten (Light Weight Command Launch Units) aus den Beständen der US-Armee an Kosovo im Wert von 75 Millionen Dollar beschlossen. Bei dem System handelt es sich um eine moderne tragbare Fire-and-Forget-Panzerabwehrlenkwaffe, die mit einem Mehrzweckgefechtstyp ausgestattet ist. Dem Verkauf müssen

noch beide Kammern des US-Kongresses zustimmen.

12. Übereinkunft Kofinanzierung Tunnelprojekt Knapp zweieinhalb Jahre nach der Unterzeichnung eines Abkommens über den Bau einer neuen Straßenverbindung zwischen Prizren (Kosovo) und Tetovo (Nordmazedonien) unterschreiben der kosovarische Infrastrukturminister Liburn Aliu und der stellvertretende nordmazedonische Verkehrsminister Bekim Rexhepi eine Übereinkunft über die Kofinanzierung eines 6,4 Kilometer langen Tunnels, der die beiden Länder verbinden wird. Die Baukosten sollen etwa 200 Millionen Euro betragen. Durch das Infrastrukturprojekt

Kabinett Rama III

Ministerpräsident: Edi Rama
 Stellvertretende Ministerpräsidentin, Infrastruktur und Energie: Belinda Balluku
 Äußeres und Europa: Igli Hasani
 Verteidigung: Niko Peleshi
 Innen: Taulant Balla
 Finanzen: Ervin Mete
 Justiz: Ulsi Manja
 Bildung, Sport: Ogerta Manastirliu
 Gesundheit und Soziales: Albana Koçiu
 Wirtschaft, Kultur, Innovation: Blendi Gonxhja
 Tourismus, Umwelt: Mirela Kumbaro Furxhi
 Landwirtschaft, ländliche Entwicklung: Anila Denaj
 Staatsministerin für Unternehmensförderung: Delina Ibrahimaj
 Staatsministerin für Beziehungen zum Parlament: Elisa Spiropali
 Staatsministerin für Verwaltung und Korruptionsbekämpfung: Adea Pirdeni
 Staatsministerin für Beitrittsverhandlungen mit der EU: Majlinda Dhuka
 Staatsminister für Kommunalverwaltung: Arbjan Mazniku
 Staatsministerin für Jugend und Kinder: Bora Muzhaqi
 Generalsekretär bleibt Engjëll Agaçi

Stand: 11.01.2024

wird sich die Reisezeit zwischen Prizren und Tetovo von derzeit zweieinhalb auf weniger als eine Stunde verringern.

12. Sondermission Kosovos beim Heiligen Stuhl Die kosovarische Präsidentin Vjosa Osmani gibt die Eröffnung einer Sondermission der Republik Kosovo beim Heiligen Stuhl (Vatikan) bekannt. – Als Leiter der ständigen Vertretung wird am 26.01. Vehbi Miftari ernannt, der bislang als Berater der Präsidentin wirkte. Aus Rücksicht auf die orthodoxen Kirchen Ost- und Südosteuropas hat der Heilige Stuhl die Unabhängigkeit Kosovos völkerrechtlich bislang nicht anerkannt.

13. Emigration aus Kosovo Nach Angaben des kosovarischen Instituts GAP haben in den vergangenen zehn Jahren 338.000 Personen Kosovo verlassen. Mit Auswanderungsüberlegungen befassen sich laut einer Umfrage des 2007 in Prishtina als Denkfabrik gegründeten Instituts aktuell 28 Prozent der kosovarischen Bürger über 18 Jahre.

15. Erneut Tumult im Parlament Wegen erneuter Tumulte seitens oppositioneller Abgeordneter kann Präsident Bajram Begaj seine Rede nicht im Plenum, sondern nur gegenüber der Presse halten. Das Parlament stimmt der Ernennung der neuen Minister zu.

17. Konflikt unter PD-Abgeordneten Wegen Unstimmigkeiten über das weitere Vorgehen kommt es während einer Sitzung des Medienausschusses zu öffentlichen Handgreiflichkeiten zwischen der PD-Abgeordneten Flutura Aça und Gazment Bardhi sowie Flamur Noka. Parlamentspräsidentin Nikolla rügt Noka und Bardhi.

17. „Dinar-Verbot“ in Kosovo Die kosovarische Zentralbank (BQK) gibt eine Verordnung vom 27.12.2023 bekannt, wonach ab 01.02.2024 der Euro die einzig gültige Währung für Barzahlungstransaktionen in Kosovo ist. Der Erlass bedeutet ein faktisches Verbot für Barzahlungen in serbischen Dinar (RSD), der im serbisch dominierten Nordkosovo nach wie vor das gängige Zahlungsmittel ist. Zahlungen von Löhnen und Renten aus Serbien an Empfänger in Kosovo erfolgen vorwiegend auf Konten der serbischen „Banka Poštanska štedionica“ (Bank Postsparkasse), die in Nordkosovo als inzwischen einzige serbische Bank noch fünf Filialen unterhält, aber über keine Lizenz der BQK verfügt.

18. Vorwahlkoalition AAK-NISMA In Prishtina unterzeichnen die Vorsitzenden der AAK sowie der sozialdemokratisch orientierten Partei NISMA, Ramush Haradinaj und Fatmir Limaj, ein Abkommen über die Bildung einer gemeinsamen Liste bei der kommenden Parlamentswahl. Zuvor waren Versuche Fatmir Limajs, eine Fusion seiner Partei mit der PDK, von der sich NISMA 2014 abgespalten hatte, zu erreichen, gescheitert. Seit der letzten Parlamentswahl von Februar 2021 ist NISMA nicht mehr im kosovarischen Parlament vertreten. Auf kommunaler Ebene stellt NISMA in Malisheva den Bürgermeister.

22. Gipfeltreffen der Westbalkanstaaten In Skopje treffen die Staats- und Regierungschefs der Staaten des Westbalkans zu Beratungen über den „Wachstumsplan“ der EU zusammen, den EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 16.10.2023 bei der Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs mit ihren westbalkanischen Kollegen im Rahmen des „Berlin-Prozesses“ in Tirana erstmals angekündigt hatte. Der am 12.11.2023 von der EU-Kommission vorgestellte und auf vier Säulen beruhende Finanz- und Entwicklungsplan zu einer beschleunigten Heranführung an die EU sieht u.a. Finanzhilfen in Höhe von sechs Milliarden Euro vor, von denen vier Milliarden als Kredite gewährt werden sollen. Am Rande des Treffens unterzeichnen Albanien, Serbien und Nordmazedonien zwei Abkommen im Rahmen der Kooperationsinitiative „Open Balkan“ über den freien Zugang zu ihren Arbeitsmärkten sowie über ein elektronisches Identifikationssystem für die Bürger ihrer Staaten.

25. Sozialstunden für Bürgermeister von Kuçova Kreshnik Hajdari wird zu einem Jahr Gefängnis, umgewandelt in 150 Sozialstunden, verurteilt. Er hatte bei seiner Kandidatur eine geringe Vorstrafe in Griechenland wegen illegaler Einreise nicht angegeben. Sein Amt kann er wegen der Geringfügigkeit der Vorstrafe behalten (s. 13.11.2023).

26. PDK nominiert Parteichef Vor dem Hintergrund von Spekulationen und Gerüchten über vorgezogene Neuwahlen in Kosovo nominiert die PDK ihren Parteivorsitzenden Memli Krasniqi als Kandidaten für das Amt des Regierungschefs. Die Personalentscheidung für den politisch eher als farblos geltenden früheren Rapper wird von Beobachtern in Prishtina dahingehend verstanden, dass sich keiner der konkurrierenden Partei-

flügel der PDK mit seinem Machtanspruch durchsetzen konnte.

28. Erstmals albanischer Regierungschef in Nordmazedonien Mit 66 Stimmen bestätigt das nordmazedonische Parlament den bisherigen Vorsitzenden der Volksvertretung, Talat Xhaferi (BDI), als Ministerpräsidenten einer technischen Übergangsregierung, die gemäß der Übereinkunft der Parteien aus dem Regierungs- und Oppositionslager vom 04.12.2023 bis zu den für den 08.05.2024 vorgesehenen Neuwahlen amtieren soll. Von seiner bisherigen Funktion als Parlamentspräsident war Talat Xhaferi, wie auch Regierungschef Dimitar Kovačevski (SDSM), am 26.01. zurückgetreten. Im neuen Kabinett stellen albanische Parteien acht Minister. Bujar Osmani bleibt Außenminister, Vizeregierungschef und Koordinator für politische Fragen wird Artan Grubi (beide BDI). Die oppositionelle VMRO-DPMNE, deren Abgeordnete (bei Anwesenheit im Plenarsaal) nicht an der Abstimmung teilnehmen, erhält u.a. das Innenministerium (Panče Toškovski). Die SDSM stellt mit Bojan Maricic u.a. den ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für europäische Angelegenheiten.

28. Quint-Staaten verlangen Aussetzung des „Dinar-Verbots“ In einer gemeinsamen Erklärung verlangen die Botschaften der Quint-Staaten (USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien) in Prishtina die Aussetzung der Anordnung der BQK über das Verbot von Barzahlungen in serbischen Dinar ab 01.02.2024 und kritisieren die einseitige Maßnahme Prishtinas erneut deutlich. – Am 31.01. erklärt Regierungschef Albin Kurti, dass die Verfügung nicht verhandelbar sei und dass es sich dabei um eine souveräne Entscheidung der BQK handle, auf die die kosovarische Regierung keinen unmittelbaren Einfluss habe.

29. Zentrale Wahlkommission prüft Abwahlbegehren In Prishtina beginnt die Zentrale Wahlkommission (KQZ) mit der Überprüfung der Gültigkeit der Unterschriften aus den vier nordkosovarischen Gemeinden Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavić zur Einleitung eines Abwahlverfahrens der bei den Wahlen vom 23.04.2023, bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 3,47 % (Wahlboykott der „Serbischen Liste“), gewählten (albanischen) Bürgermeister. Rechtsgrundlage des Abwahlverfahrens ist eine am 05.09.2023 im kosovarischen Amtsblatt veröffentlichte Verwaltungsrichtlinie, die das Verfahren für eine

Abwahl von Bürgermeistern in Ergänzung des Gesetzes Nr. 03/L-040 über die kommunale Selbstverwaltung regelt. Demnach müssen mindestens 20 Prozent der örtlichen Wahlberechtigten einen entsprechenden Antrag unterstützen.

29. Verfassungsgericht lässt Flüchtlingszentren zu Das Verfassungsgericht hält das national wie international scharf kritisierte Abkommen zwischen Italien und Albanien, auf albanischem Boden zwei Flüchtlingszentren zur Bearbeitung von Asylanträgen zu errichten, für verfassungskonform. Die Regierungschefs Giorgia Meloni (FdI) und Edi Rama (PS) hatten sich am 08.11.2023 auf dieses Abkommen verständigt, das vom Verfassungsgericht am 13.12.2023 bis zur Entscheidung in der Hauptsache ausgesetzt wurde. Das italienische Abgeordnetenhaus hatte kürzlich zugestimmt.

FEBRUAR

01. Ahmetaj weist Vorwürfe zurück In einem Fernsehinterview, das im Ausland (wahrscheinlich in der Schweiz) geführt wird, weist der frühere Finanzminister Arben Ahmetaj die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück; er wird mit Haftbefehl gesucht. Er solle für Edi Rama und andere Regierungsmitglieder mit Hilfe der politikgesteuerten Antikorruptionsbehörde SPAK zum Bauernopfer gemacht werden. Deshalb sei er im Vorjahr nicht von einem Auslandsurlaub nach Albanien zurückgekehrt. – Sprecher der Opposition greifen Ahmetajs Interview als Beweis für die Mafia-Strukturen in PS und Regierung auf. – Ahmetaj hat die US-Lobby-Firma Prism Strategy beauftragt, seine Interessen gegenüber Regierung und Parlament der USA zu vertreten.

01. Human Rights Watch gegen Flüchtlingsabkommen Die US-amerikanische NGO Human Rights Watch kritisiert den Beschluss des albanischen Verfassungsgerichts, das Abkommen über die Errichtung italienischer Flüchtlingslager auf albanischem Territorium zu genehmigen. Die Vereinbarung sei ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Der Status der Flüchtlinge sei nicht geklärt, Übergriffe seien unvermeidbar.

03. Schließung serbischer Parallelinstitutionen In einer gemeinsamen Aktion der kosovarischen Polizei und der Staatsanwaltschaft werden die Verwaltungseinrichtungen der drei serbi-

schen Parallelgemeinden Peja mit Sitz in Gorazhdec, Istog (Osojan) sowie Klina (Videja) geschlossen. Darüber hinaus verfügen die kosovarischen Behörden die Schließung der serbischen NGO „Zentrum für Frieden und Toleranz“ in Prishtina, die für Bargeldauszahlungen der serbischen Parallelinstitutionen in serbischen Dinar genutzt wurde. Von den ursprünglich knapp 30 serbischen Parallelgemeinden in Kosovo sollen derzeit noch etwa zehn bis zwölf existieren.

06. Rentenabkommen mit Italien Die Außenminister Italiens, Antonio Tajani, und Albanien, Igli Hasani, unterschreiben in Rom ein Abkommen, mit dem gegenseitig die Rentenansprüche abgesichert werden sollen. Nach Angaben der albanischen Regierung profitieren davon rund eine halbe Million Albaner und Tausende Italiener.

06. Ehestrafrecht angekündigt Der PS-Politiker Erion Braçe kündigt Strafbestimmungen für Bigamie bzw. gleichzeitiges Zusammenleben mit mehreren Partnern an. Es gehe nicht um Sittengesetze wie im Iran, sondern um den Schutz von Frauen und besonders Minderjährigen. Für Ersttäter sollen Haftstrafen bis zu drei, für Wiederholungstäter vier Jahren angedroht werden.

06. Albanischer Terrorist in Syrien getötet Gemäß nordmazedonischer Medienberichte töten Scharfschützen der syrischen Armee im Gouvernement Idlib den albanischen Terroristen Abdul Rahman Bela (Khaled al-Albani). Der albanische Islamist hatte 2013 Nordmazedonien verlassen, um auf Seiten des IS in Syrien zu kämpfen. Später schloss sich Abdul Rahman Bela dem dschihadistischen Hai'at Tahrir asch-Scham an, der als Nachfolgeorganisationen der salafistischen al-Nusra-Front gilt.

07./08. PBDNJ für, LZHK gegen Berisha Vangelj Dule, der Vorsitzende der mittlerweile bedeutungslosen Minderheitenpartei PBDNJ, unterstützt Sali Berisha als Oppositionsführer; ohne ihn sei ein Sieg der Opposition unmöglich. – Der Vorsitzende der rechten LZHK, Dashmir Shehi, der über die PD-Liste ein Mandat bekam, spricht sich für eine Rückkehr der Opposition in die parlamentarische Arbeit aus. Shehi kündigt am 13.02. an, 2025 ohne Listenverbindung mit einem der PD-Flügel antreten zu wollen.

08. UNESCO kritisiert mangelnden Schutz für Butrint Die Denkmalbehörde

der UNESCO, ICOMOS, hat bereits im Herbst 2023 einen kritischen Bericht über die Bewahrung der Welterbestätte Butrint vorgelegt, der bisher auf Drängen der Regierung nicht veröffentlicht wurde. Insbesondere wird die Verkleinerung des geschützten Territoriums um 600 Hektar für einen Hotelbau kritisiert. Die Verwaltung von Butrint sei nicht über die Gründung einer Stiftung hinausgekommen. Die Opposition greift den Bericht auf und will die Sache vor das Verfassungsgericht bringen.

08. Spaltung der „Allianz der Albaner“ Auf einer Sondersitzung des Zentralvorstandes der „Allianz der Albaner“ (AA) in Kumanovo, an der 75 von 133 Mitgliedern teilnehmen, erhält AA-Parteivorsitzender Arben Taravari die Unterstützung seiner Anhänger für einen Beitritt der AA zum Bündnis der albanischen Oppositionsparteien LEN („Europäische Liga für den Wandel“). Teile der Partei um den früheren AA-Parteichef und Vorsitzenden des AA-Zentralvorstandes, Ziadin Sela, lehnen den Beschluss ab und befürworten eine eigenständige Wahlteilnahme bzw. ein Zusammengehen mit der BDI bei den Parlamentswahlen am 08.05. in Nordmazedonien. – Am 10.02. erklärt der Parteiflügel von Ziadin Sela AA-Parteichef Arben Taravari für abgesetzt und verlangt von Regierungschef Talat Xhaferi die Entlassung der Minister Fatmir Mexhiti (Gesundheit) und Azir Aliu (Informationsgesellschaft und Verwaltung), die dem AA-Parteiflügel von Arben Taravari angehören.

12. Neue Minister der AA in Nordmazedonien Auf Vorschlag von Regierungschef Talat Xhaferi wählt das nordmazedonische Parlament mit 63 Stimmen Ilir Demiri als neuen Gesundheitsminister sowie Naim Bajrami als neuen Minister für Informationsgesellschaft und Verwaltung. Die Notwendigkeit einer Neuwahl begründet der Regierungschef damit, dass Minister bei Übertritt in das Oppositionslager nicht weiter der Regierung angehören könnten. Die VMRO-DPMNE spricht von einer „Zirkusveranstaltung“, der jegliche innere Logik fehle.

12. Gemeinsame Fraktionssitzung der PD Erstmals seit über zwei Jahren versammeln sich die 2021 für die PD gewählten Abgeordneten der Partei zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung unter Leitung von Gazment Bardhi.

12. 10-Punkte-Plan zum „Dinar-Verbot“ Die kosovarische Zentralbank (BQK) gibt einen 10-Punkte-Plan mit flankierenden Maßnahmen zum „Dinar-

Verbot“ bekannt. Gemäß der Verordnung ist eine dreimonatige Übergangsfrist für das Verbot von Bargeldzahlungen in serbischen Dinar vorgesehen. Darüber hinaus soll mit einer kostenlosen Hotline, der Aussetzung von Gebühren der BQK für Banken und Finanzdienstleister, die Filialen in Nordkosovo eröffnen wollen, der zusätzlichen Aufstellung von Geldautomaten sowie mit dem Einsatz von mobilen Bankfilialen die Umsetzung des „Dinar-Verbots“ begleitet werden.

12.-20. Drei Silbermedaillen für albanische Gewichtheber

Bei der Europameisterschaft im Gewichtheben in Sofia gewinnen Erkand Qerimaj und Kristi Ramadani (2) drei Silbermedaillen in der 81-kg-Klasse.

13. USA kritisieren Prishtina In einem Interview mit dem albanischsprachigen Dienst des US-Auslandssenders „Voice of America“ (VOA) kritisiert der stellvertretende US-Außenminister für europäische und eurasische Angelegenheiten, James C. O’Brien, in ungewohnt deutlicher Form das „Dinar-Verbot“ Prishtinas und spricht davon, dass die kosovarische Regierung mit der Entscheidung die Partnerschaft der USA mit Kosovo in Frage stelle. – Ähnlich kritisch äußert sich am 23.02. auch der stellvertretende Staatssekretär und Balkan-Beauftragte der US-Regierung, Gabriel Escobar, in einem Gespräch mit dem serbischen Programm von VOA.

15. Blinken in Tirana US-Außenminister Antony Blinken besucht Tirana. Bei seinen Gesprächen mit der Regierung geht es u.a. um die Unterstützung der Ukraine. Der Besuch wird als Erfolg für Edi Rama gewertet, zumal Blinken kein Gespräch mit der Opposition führt.

16. 28 Monate für McGonigal Der frühere hochrangige FBI-Mitarbeiter Charles McGonigal wird wegen Vorteilsnahme im Amt nach Absprache zwischen Anklage und Verteidigung zu einer 28monatigen Haftstrafe verurteilt. Er hatte 225.000 US-\$ von einem US-albanischen Geschäftsmann, der früher für den albanischen Geheimdienst SHISH gearbeitet hatte, angenommen, um dessen Interessen zu vertreten; die Affäre hatte auch die albanische Regierung belastet. McGonigal war wegen ähnlicher Straftaten im Zusammenhang mit Russland bereits zu 50 Monaten Haft verurteilt worden.

17. Arben Taravari Präsidentschaftskandidat des Oppositionsbündnisses Der AA-Parteiflügel von Arben Taravari

tritt dem Bündnis der albanischen Oppositionsparteien LEN bei, das sich in VLEN umbenennt. Arben Taravari wird als gemeinsamer Kandidat des Bündnisses für die Präsidentschaftswahl in Nordmazedonien am 24.04 nominiert. Die Erklärung der Oppositionsparteien wird auch von Bekim Quku, Berater des kosovarischen Regierungschefs Albin Kurti und VV-Vertreter in Nordmazedonien, unterzeichnet. Mitglieder der VV werden auf der gemeinsamen Liste der Oppositionsparteien für die Parlamentswahl kandidieren. VLEN gehören die BDI-Abspaltung Demokratische Bewegung, die Parteien Alternativa und Besa sowie der AA-Parteiflügel von Arben Taravari an. – Am 16. und 18.02. halten die beiden AA-Parteiflügel konkurrierende Parteitage ab und wählen jeweils Arben Taravari bzw. Ziadin Sela zu Vorsitzenden der (Gesamt-)Partei.

20. PD-Protestkundgebung In Tirana findet eine weitere Protestkundgebung der PD gegen die Regierung Rama statt. Der unter Hausarrest stehende Sali Berisha wird auf eine Leinwand zugeschaltet. Aus der Menschenmenge werden Sicherheitskräfte, u.a. mit Molotowcocktails, angegriffen.

20./21. Rama in Ankara Bei einem Besuch Ramas in Ankara werden u.a. Abkommen über Reiseerleichterungen für Albaner in der Türkei unterzeichnet. Rama und Präsident Erdoğan betonen ihr enges persönliche Verhältnis.

22. Parlament beschließt italienische Auffanglager – Amnestiegesetz vorerst gescheitert Unter den mittlerweile üblichen Krawallen der Opposition beschließt das Parlament in einer siebenminütigen Sitzung das Gesetz über die Einrichtung italienischer Flüchtlingslager auf albanischem Boden. – Das geplante Amnestiegesetz kommt nicht zustande, weil die Opposition die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht herstellt. Sie fürchtet, dass korrupte Beamte und Politiker dadurch begünstigt werden; die Regierung will die überfüllten Gefängnisse entlasten.

23. Rama will nicht Präsident werden In einem Fernsehinterview erklärt Rama, er strebe nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten keine weiteren politischen Ämter an, sondern wolle sich der Kunst widmen.

27. Shaip Kamberi trifft Aleksandar Vučić Im Rahmen der parlamentarischen Konsultationen über eine

Regierungsbildung in Serbien (Neuwahlen vom 17.12.2023) trifft der einzige albanische Abgeordnete im serbischen Parlament, Shaip Kamberi, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des „Albanischen Nationalrats“ (KKSH) in Serbien, Nevzad Lutfiu, mit Serbiens Präsidenten Aleksandar Vučić zusammen. Thema der Unterredung ist u.a. ein Sieben-Punkte-Plan der Minderheitenvertreter, der in den Bereichen Minderheitenschutz, albanischsprachige Schulbildung sowie wirtschaftliche Entwicklung verstärkte Anstrengungen Belgrads für die von den Albanern bewohnten Gebiete in Südserbien (Presheva-Tal) verlangt. Eine Einbindung der albanischen Listenverbindung „Der politische Kampf der Albaner geht weiter“ in die serbische Regierung lehnen die albanischen Minderheitenpolitiker ab.

27. Treffen zum „Dinar-Verbot“ in Brüssel In Brüssel treffen auf Einladung des EU-Sondergesandten für den Dialog zwischen Kosovo und Serbien, Miroslav Lajčák, der serbische Chefunterhändler Petar Petković mit dem Direktor der kosovarischen Zentralbank (BQK), Ahmet Ismaili, über das von der BQK erlassene „Dinar-Verbot“ zusammen. Konkrete Ergebnisse werden nicht erzielt. Kosovos Chefunterhändler und Vizeregierungschef Besnik Bislimi hatte zuvor eine Teilnahme an der Gesprächsrunde wegen inhaltlicher Nichtzuständigkeit abgelehnt.

27. Eklat um Besuch von Milorad Dodik in Montenegro Auf Einladung des pro-serbischen Vorsitzenden des montenegrinischen Parlaments, Andrija Mandić, besucht der international sanktionierte Präsident der bosnisch-herzegowinische Entität „Republika Srpska“, Milorad Dodik, Podgorica. Der Besuch führt zu heftigen inpolitischen Turbulenzen. Montenegros Präsident Jakov Milatović sowie Regierungschef Miloško Spajić erklären, über den Besuch nicht informiert worden zu sein. Die albanischen Minderheitenparteien drohen mit einem Austritt aus der Regierung. Das bosnisch-herzegowinische Außenministerium schickt eine Protestnote nach Podgorica, da bei dem Besuch Dodiks lediglich die Flagge der „Republika Srpska“ und nicht jene von Bosnien und Herzegowina gehisst worden sei und der Besuch auch sonst nicht den üblichen diplomatischen Gepflogenheiten entspreche.

28. Ukraine-Gipfel in Tirana In Tirana findet ein Gipfeltreffen der Balkanstaaten mit der Ukraine statt, zu dem Edi Rama auch Präsident Volodymyr Zelenskyj empfängt.

29. EU-Parlament will Vetos gegen Beitritte abschaffen Das Europäische Parlament verabschiedet eine Entschlie- ßung zur Reform und Erweiterung der EU (P9TA(2024)0120). Darin wird eine Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit gefordert, womit Einsprüche einzelner Länder aus innenpolitischen Beweggrün- den unmöglich würden.

MÄRZ

01. Explosion im Lager eines PS-Abge- ordneten In Lushnja werden bei einer Explosion zwei Menschen getötet und sieben zum Teil schwer verletzt, darunter der Eigentümer des Lagers, der PS-Abgeordnete Bujar Çela. Die Staats- anwaltschaft wirft ihm vor, die von der Gemeinde gesetzte Frist zur Errichtung eines Lagergebäudes nicht eingehalten zu haben; bei Schweißarbeiten wurde unsachgemäß vorgegangen.

04. NATO-Luftwaffenstützpunkt eingeweiht Bei Kuçova wird ein Luft- waffenstützpunkt der NATO eingeweiht. Neben Präsident Begaj und Ministerpräsi- dent Rama nimmt der US-Geschäftsträger David Wisner an der Zeremonie teil.

04. Comeback für Ngjela? Der Publizist und frühere Politiker Spartak Ngjela kündigt im Fernsehen an, bei den nächsten Wahlen mit einer eigenen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ anzutreten. Der 76jährige verortet sie als rechts und proamerikanisch. Der Parteiname erin- nert an die kürzlich abgewählte polnische Partei PiS.

05. Zwei Jahre für Beleri Der seit einem Jahr inhaftierte gewählte Bürger- meister von Himara, Fredi Beleri, wird vom zuständigen Gericht wegen Stimmen- kauf zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er kündigt Berufung an.

05. Neue Vize-Vorsitzende für PD Der erweiterte Parteivorstand der PD beschließt eine Satzungsänderung, wo- nach der Fraktionsvorsitzende (Gazment Bardhi) und der Parlamentsvizepräsident (Agron Gjekmarkaj) ex officio stellver- tretende Parteichefs werden.

08. Abwahlbegehren gegen Bürgermeis- ter in Nordkosovo Die Zentrale Wahlkommission (KQZ) in Prishtina bestimmt den 21.04. als Termin für das Abwahlverfahren der bei den Wahlen vom 23.04.2023 gewählten (albanischen)

Bürgermeister der vier nordkosovarischen Gemeinden Nord-Mitrovica, Zvečan, Zu- bin Potok und Leposavić; die Serbische Liste (SL) hatte diese Wahlen boykottiert. Zuvor hatte die KQZ die von den Initiato- ren des Abwahlbegehrens eingereichten Unterschriftenlisten überprüft. In allen vier Gemeinden wurden die erforderliche Zahl an Unterschriften von mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten erreicht.

11. Provisorische serbische Bankfilialen an Grenzübergängen Nach dem von der Kosovarischen Zentralbank (BQK) verfügten Verbot von Bargeldzahlun- gen in serbischen Dinar (RSD) ab dem 01.02. errichtet die „Banka Poštanska štedionica“ (Bank Postsparkasse), die in Nordkosovo als einzige serbische Bank noch fünf (von der BQK nicht lizenzierte) Filialen unterhält, an den vier Grenzüber- gangsstellen Merdare, Jarinje, Končulj sowie Brnjak provisorische Bankfilialen in Containern, die auch mit einem Geldauto- maten ausgestattet sind. Aufgrund des Bargeldmangels in serbischen Dinar (Ver- bot von offiziellen Geldtransporten) sind Auszahlungen in Nordkosovo nur noch an den Schaltern der serbischen Postsparkasse sowie der serbischen Postämter bis zu einem Höchstbetrag von maximal 10.000 RSD (ca. 85,00 Euro) möglich.

12. Vereinbarung PS-PD (Berisha) In einer von Parlamentspräsidentin Lindita Nikolla einberufenen Bespre- chung der Parlamentsfraktionen zur Auflösung der seit Monaten herrschenden Blockade im Parlament gesteht die PS dem Mehrheitsflügel der PD zwei bisher von ihr abgelehnte Parlamentarische Unter- suchungsausschüsse zur Konzessionsver- gabe im Gesundheitswesen und zu den Hackerangriffen auf das TIMS-System zu, das an den Grenzübergängen einge- setzt wird. Außerdem soll ein paritätisch besetzter Unterausschuss zu künftigen Reformen gebildet werden.

13. Landrückgabe an serbisches Kloster In Prishtina gibt Regierungschef Albin Kurti bekannt, dass die kosova- rische Regierung das zuständige Katas- teramt in Deçan angewiesen habe, die Rückgabe einer Fläche von 24 Hektar aus dem früheren (deutlich größeren) Länderebesitz des serbisch-orthodoxen Kloster Visoki Deçani zu vollziehen. Mit dem Beschluss, der international als eine der Voraussetzungen für eine Mit- gliedschaft Kosovos im Europarat gilt, setzt die Regierung eine entsprechende Entscheidung des kosovarischen Verfas- sungsgerichts vom 19.05.2016 um, die sie bislang (politisch) abgelehnt hatte.

13. Zwei Präfekten abgelöst Die Regie- rung löst die Präfekten von Fier und Vlora ab. Flamur Mamaj wird in Vlora durch Vangjel Tavo abgelöst, der früher für die LSI (heute PL) Minister und Abgeordneter war. Rajmonda Balilaj wird wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch als Bürgermeisterin von Patos abberufen.

15. Kushner plant Hotels in Schutz- gebieten Jared Kushner, der Schwiegersohn und Berater des früheren US-Präsidenten Donald Trump, kündigt in US-Medien an, Luxushotels und Villen auf der Halbinsel Zvërnec und auf der ein- zigen albanischen Insel, Sazan, bauen zu wollen. Beide stehen unter Naturschutz. Am 18. begrüßt Rama Kushners Pläne für Sazan, bestreitet aber, Pläne für Zvërnec zu kennen.

19. Keine Einigung bei serbisch-kosova- rischem Treffen Auf Einladung des EU-Sondergesandten für den Dialog zwischen Kosovo und Serbien, Miroslav Lajčák, treffen der serbische und kosova- rische Chefunterhändler, Petar Petković sowie Vizeregierungschef Besnik Bislimi, in Brüssel zu Gesprächen über das von der BQK erlassene „Dinar-Verbot“ sowie über Möglichkeiten der Umsetzung des Abkommens von Brüssel sowie der Umset- zungsvereinbarung von Ohrid zusammen. Konkrete Ergebnisse werden nicht erzielt. Beide Seiten vereinbaren lediglich, bis zum 22.03. Vorschläge für eine Lösung des Konfliktes um das „Dinar-Verbot“ zu unterbreiten.

20. „World Happiness Report“ Im jähr- lich vom „Sustainable Develop- ment Solutions Network“ der UN ver- öffentlichten „Welt-Glücks-Bericht“ zur Lebenszufriedenheit belegen Kosovo mit dem 29. und Serbien mit dem 37. Rang mit deutlichem Abstand die besten Platzie- rungen unter den Westbalkanstaaten. Es folgen Bosnien-Herzegowina (65. Rang), Montenegro (76.), Nordmazedonien (84.) sowie Albanien (87.). Slowenien belegt Platz 21, Kroatien nimmt Rang 63 ein. Zusammen mit Bulgarien (81) und Lett- land (46) zählt Serbien zu jenen Staaten mit der größten Steigerung des Zufrieden- heitsindex im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum.

22. Albanien im Rating leicht verbessert Die Rating-Agentur Standard and Poor's verbessert Albanien's Rating von B+ auf BB- wegen Albanien's erfolgreicher Bewältigung der Krisen der letzten Jahre (Erdbeben, Covid-19, Ukraine-Krieg).

22 Albanien – Chile 0:3 Die albanische Fußball-Nationalmannschaft verliert ein Freundschaftsspiel gegen Chile in Parma mit einem blamablen 0:3.

22 Armenien – Kosovo 0:1 Die kosovarische Nationalmannschaft gewinnt in Jerevan mit 0:1 durch ein Tor von Milot Rashica.

23 Auch kommissarischer Bürgermeister von Himara verhaftet Der Sozialist Jorgo Goro, der wegen der Verhaftung des Wahlsiegers Beleri weiterhin kommissarisch als Bürgermeister von Himara amtiert, wird wegen Korruptionsverdacht festgenommen. Er tritt von seinem Amt zurück, das er seit knapp 13 Jahren innehatte. Das Kommunalparlament wählt seine Stellvertreterin Blerina Balaj (PS) zur neuen amtierenden Bürgermeisterin.

25 Schweden – Albanien 1:0 Im schwedischen Solna verliert Albanien wenige Monate vor der Europameisterschaft ein weiteres Freundschaftsspiel mit 1:0 für den Gastgeber.

27 PACE-Ausschuss empfiehlt Mitgliedschaft Kosovos im Europarat Mit 31 Ja-, 4 Nein-Stimmen und bei einer Enthaltung stimmt der „Ausschuss für politische Fragen und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates“ (PACE) dafür, Kosovo zur Mitgliedschaft im Europarat (CoE) einzuladen. Grundlage des Beschlusses ist ein Bericht der früheren griechischen Außenministerin Dora Bakogianni, in dem Kosovo deutliche Fortschritte bei der Stärkung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit bescheinigt werden.

APRIL

02 Gericht bestätigt Ziadin Sela als AA-Parteichef Im nordmazedonischen Tetovo bestätigt das Grundgericht Ziadin Sela als rechtmäßigen Vorsitzenden der „Allianz der Albaner“ und spricht ihm das Parteisiegel zu. Die Partei hatte sich Anfang Februar in zwei rivalisierende Flügel (s. 08.02.) gespalten. Zuvor war Selas Parteiflügel am 28.03. der von der BDI angeführten Vorwahlkoalition „Europäische Front“ beigetreten, die als Parteienbündnis für die Wahlgänge am 24.04. sowie 08.05. erstmals auch nichtalbanische Listen, wie Parteien der türkischen Minderheit sowie jener der Roma, umfasst.

04 Amnestiegesetz mit breiter Mehrheit verabschiedet Nach monatelangen Verhandlungen verabschiedet das Parlament mit den Stimmen der Regierung und der PD (Berisha-Flügel) ein Amnestiegesetz, wonach 700 Verurteilte sofort freikommen und die Haftstrafen von Männern um anderthalb Jahre, die von Frauen um zwei Jahre verkürzt werden. Lebenslange Haftstrafen und die von Geflohenen sowie die Strafen wegen Korruption profitieren davon nicht. Die Abgeordneten der PD (Basha-Flügel) nehmen an der Sitzung nicht teil.

05 Serbien bildet Kommission gegen Mitgliedschaft Kosovos im Europarat Die serbische Regierung gibt die Einsetzung einer Kommission zur Verhinderung einer Mitgliedschaft Kosovos im Europarat bekannt. Als Vorsitzende werden Serbiens Außenminister Ivica Dačić sowie der Leiter des Kosovo-Büros, Petar Petković, bestimmt. Die Kommission soll Maßnahmen entwerfen und internationale Kontakte koordinieren, die geeignet sind, um eine Mitgliedschaft Kosovos im Europarat zu verhindern oder zumindest zu verzögern.

05 Volkszählung in Kosovo Im Kosovo beginnt mit einer mehr als zweijährigen Verzögerung ein erneuter Zensus. Für die statistischen Erhebungen der Lebens- und Sozialbedingungen ist ein Zeitraum bis zum 17.05. vorgesehen, wobei insgesamt sieben Fragebögen auszufüllen sind. Erstmals werden auch Daten zu den Schäden aus dem Kosovokrieg (1998/99) sowie zur Emigration abgefragt und erfasst. Der letzte Zensus fand 2011 statt. An diesem hatten die Serben in Nordkosovo nicht teilgenommen.

07 „Serbische Liste“ boykottiert Abwahlbegehren Der Vorsitzende der „Serbischen Liste“ (SL), Zlatan Elek, erklärt, dass sich die SL an dem Abwahlverfahren der (albanischen) Bürgermeister der vier nordkosovarischen Gemeinden Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavić am 21.04. nicht beteiligen werde. Als Grund für den Boykott führt der serbische Minderheitenpolitiker an, dass die Daten der örtlichen Wählerverzeichnisse nicht korrekt seien und die kosovarische Regierung alles unternommen habe, um einen erfolgreichen Ausgang des Referendums zu verhindern. Das Abwahlbegehren war zuvor maßgeblich von der SL initiiert worden.

09 PS-Bürgermeister von Vau i Dejës darf Amt behalten Der sozialistische Bürgermeister von Vau i Dejës, Kristian Shkreli, darf nach einer Entscheidung

der Zentralen Wahlkommission sein Amt behalten. Er hatte vor seiner Wahl eingeräumt, früher aus Italien ausgewiesen worden zu sein, und hatte zweimal seinen Familiennamen gewechselt.

09 PD-Berisha nimmt Ausschlüsse zurück Die Fraktion der PD-Berisha beschließt, alle Ausschlüsse aus der Fraktion seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 2021 zu widerrufen. Dies teilt der Fraktionsvorsitzende Gazment Bardhi der Parlamentspräsidentin schriftlich mit. Der Status des bereits früher aus der Fraktion ausgeschlossenen Berisha bleibt zunächst ungeklärt.

09 EP-Ausschuss will Visa für Kosovo-Serben liberalisieren Mit 34 Ja-, sieben Neinstimmen und zwölf Enthaltungen empfiehlt der „Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres“ (LIBE) des Europäischen Parlamentes die seit Beginn des Jahres 2024 für Kosovo geltende Visaliberalisierung der EU auch auf Inhaber serbischer Reisepässe, die von den serbischen Parallelstrukturen in Kosovo ausgestellt wurden, auszudehnen. Diese waren zuvor sowohl von der Abschaffung der Visapflicht mit Serbien (Dezember 2009) als auch mit Kosovo ausgenommen worden. Die Empfehlung des EU-Parlamentsausschusses stößt auf deutliche Kritik in Prishtina.

11 Kameraüberwachung an Hauptstraßen Innenminister Taulant Balla kündigt an, dass zunächst 200 km der wichtigsten Straßen unter Kameraüberwachung gestellt werden, um Kriminalität vorzubeugen und aufzuklären.

12 Umfrage zu Aufenthalt in Albanien und Kosovo Laut den Ergebnissen einer Umfrage des (internationalen) Nachrichtensenders „Euronews Albania“ haben 50,4 % der in Albanien befragten Bürger ihr Nachbarland Kosovo bislang noch nie besucht. In Kosovo erklärten dagegen lediglich 10,7 % der Befragten, noch nie in Albanien gewesen zu sein.

15 Meta kündigt PL-Reform an – Konflikt mit Ehefrau Kryemadhi Der PL-Vorsitzende Ilir Meta kündigt an, die Partei auf dem bevorstehenden Parteitag reformieren zu wollen; er wolle als „Präsident der PL“ kandidieren und den „Nepotismus“ bekämpfen. Damit greift er seine Ehefrau Monika Kryemadhi an, die während Metas Amtszeit als Staatspräsidentin Parteichefin war. Sie bestätigt einige Tage später, ihre Ehe liege „auf Eis“. Der stellvertretende Parteichef Endrit Braimllari tritt am Folgetag zurück. – Bei einer Vor-

standssitzung am 19.04. tragen Meta und Kryemadhi ihren Konflikt öffentlich aus.

15. Beleri kandidiert für Nea Dhimokratia Die griechische Regierungspartei Nea Dhimokratia stellt den inhaftierten gewählten Bürgermeistern von Himara, Fredi Beleri, als Kandidaten für die Europawahl auf, ebenso den aus der griechischen Minderheit in Albanien stammenden Gewichtheber Pirro Dhima. Beleri wurde wegen Stimmenkauf zu zwei Jahren Haft verurteilt und konnte sein Bürgermeisteramt nicht antreten.

16. PACE stimmt für Mitgliedschaft Kosovos im Europarat Mit 131 Ja-, 29 Nein-Stimmen und elf Enthaltungen votiert die „Parlamentarische Versammlung des Europarates“ (PACE) für eine Mitgliedschaft Kosovos im Europarat. Von den 29 Gegenstimmen kommen jeweils sieben aus Serbien sowie aus Spanien, drei aus Ungarn, jeweils zwei aus Bosnien-Herzegowina und Zypern sowie eine aus Montenegro. Einzelne Parlamentarier aus Frankreich, Italien und Deutschland votieren ebenfalls mit Nein. Die abschließende Entscheidung über eine Mitgliedschaft obliegt nun dem Ministerkomitee des Europarats. – Als (vermeintliche) Reaktion auf das Abstimmungsergebnis blockieren serbische Behörden am Folgetag u.a. an der kroatisch-serbischen Grenzübergangsstelle Bajakovo mehr als elf kosovarische Busse mit über 600 Fahrgästen und hindern diese für etliche Stunden an der Weiterfahrt.

20. Serbiens Regierung setzt Interimsbürgermeister in Presheva ein Als neuen kommissarischen Bürgermeister der mehrheitlich albanisch besiedelten süd-serbischen Gemeinde Presheva (Preševo) bestimmt die serbische Regierung Ragim Mustafa (PDSH). Zuvor hatten die Behörden in Belgrad Amtsvorgänger Shqiprim Arifi (APN) entlassen. Bedingt durch ein völliges Zerwürfnis der albanischen Parteien und eine politische Blockade war das Gemeindeparlament Preshevas seit über neun Monaten zu keiner Sitzung zusammengetreten. Die serbische Gesetzgebung sieht in diesem Fall bereits nach drei Monaten eine Auflösung und die Bildung eines „Notparlamentes“ durch das serbische Ministerium für öffentliche Verwaltung und lokale Selbstverwaltung vor. Neuwahlen sind für den 02.06. vorgesehen.

21. Abwahlbegehren scheitert In den vier serbisch dominierten nord-kosovarischen Gemeinden beteiligen sich insgesamt lediglich 253 Bürger (0,44 %

an dem Urnengang zur Abwahl der albanischen Bürgermeister. Die Initiative ist damit gescheitert; notwendig wäre eine Mindestwahlbeteiligung von 50 % plus einer Stimme gewesen. Einzelergebnisse: Nord-Mitrovica: 0,59 % (111 Wähler), Zvečan: 0,0 % (0), Zubin Potok: 0,26 % (18), Leposavić: 0,91 % (124).

24. Präsidentschaftswahl in Nordmazedonien Aus der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Nordmazedonien geht die Kandidatin der nationalkonservativen VMRO-DPMNE, Gordana Siljanovska-Davkova, als deutliche Siegerin hervor. Auf die frühere Professorin für Rechtswissenschaften entfallen 40,08 %. Amtsinhaber Stevo Pendarovski (SDSM) erzielt lediglich 19,92 %. Die beiden albanischen Kandidaten Bujar Osmani (BDI/„Europäische Front“) sowie Arben Taravari (AA/VLEN) erreichen 13,36 bzw. 9,20 %. Einen Achtungserfolg erringt mit 9,26 % der Bürgermeister von Kumanovo, Maksim Dimitrievski, der am 09.10.23 die linksnationale Partei ZNAM („Für unser Mazedonien“) gegründet hatte. Die Stichwahl zwischen Gordana Siljanovska-Davkova und Stevo Pendarovski findet am 08.05. statt.

27. Meta zum PL-Präsidenten gewählt Der Parteitag der PL wählt den bisherigen Vorsitzenden Ilir Meta in das neue Amt des Parteipräsidenten. Meta erhält 690, sein weitgehend unbekannter Gegenkandidat Faik Basha nur 27 Stimmen. Metas Frau Kryemadhi stimmt demonstrativ offen für ihren Noch-Ehemann ab, der das als Bruch des Wahlgeheimnisses kritisiert.

MAI

02. Starke Zunahme des albanischen Flugverkehrs Nach Angaben einer internationalen Flughafengesellschaft lag der Flugverkehr von und nach Albanien im ersten Quartal 2024 bei 233,3 % der Werte von 2019 (vor der Pandemie); das ist der mit Abstand höchste Zuwachs aller aufgeführten Länder.

03. RSF zur Pressefreiheit In seinem Jahresranking gibt „Reporter ohne Grenzen“ an, Albanien Pressefreiheit habe sich gegenüber 2023 mit nur 54,1 Punkten (2023: 57,9) von Rang 96 auf 99 (von insgesamt 181 Ländern) verschlechtert, besonders im wirtschaftlichen Bereich. Kosovo sei von Rang 56 auf 75 abgestiegen (60,2 Punkte gegenüber

68,4). Nordmazedonien sei hingegen von Rang 38 auf 36 gestiegen (73,8 gegenüber 74,4 Punkten).

07. Rama droht korrupten PS-Funktionären In einer Dringlichkeitsitzung der PS-Fraktion und der PS-Mitglieder in der Regierung droht Parteichef Rama mit besonderer Schärfe allen, die sich der Korruption schuldig machten; sie seien doppelte Verräter am Volk und an der PS. Angesichts der Parlamentswahl 2025 reagiert Rama auf die nicht abreißende Kette von Anklagen und Festnahmen von PS-Funktionären.

08. Wahlen in Nordmazedonien Aus den Parlamentswahlen in Nordmazedonien geht mit 43,23 % (58 Sitze) die bislang oppositionelle nationalkonservative VMRO-DPMNE als Sieger hervor. Erhebliche Verluste (–20,53 %) erleidet die bisherige Regierungspartei SDSM, die nur noch 15,36 % (18 Sitze) erreicht. Das von der (albanischen) BDI angeführte Wahlbündnis „Europäische Front“ erzielt 13,78 % (19), während die (albanische) Wahlkoalition VLEN auf 10,72 % (13) kommt. Sechs Sitze (5,57 %) gehen an die neugegründete linkskonservative Partei ZNAM. – Bei der zweiten Runde der parallelen Präsidentschaftswahl (siehe 24.04.) siegt die Kandidatin der VMRO-DPMNE, Gordana Siljanovska-Davkova, mit 69,0 %. Amtsinhaber Stevo Pendarovski (SDSM) scheitert mit 31,0 %.

09. Besa Kokëdhima scheitert im ESC-Halbfinale Besa Kokëdhima kann sich mit dem Titel „Zemrën n'dorë“ (Herz in der Hand; englische Fassung „Titan“ im zweiten Halbfinale des Eurovision Song Contest in Malmö nicht für das Finale am 11. Mai qualifizieren. Sie bekommt nur 14 Punkte aus Griechenland (5), Italien (4), Schweiz (3) und San Marino (2) und belegt den vorletzten Platz 15.

10. U-21-Fußball-EM 2027 in Albanien und Serbien? Die Fußballverbände Albanien (FSHF) und Serbiens (FSS) geben ihre Bewerbung für eine gemeinsame Ausrichtung der U-21-Fußball-EM 2027 in ihren beiden Ländern bekannt. Die Ankündigung stößt in Kosovo nicht zuletzt wegen antialbanischer Ausschreitungen serbischer Fußballfans und Hooligans auf deutliches Unverständnis und scharfe Kritik.

12. Rama besucht inoffiziell Athen Edi Rama reist nach Athen, um dort lebende Albaner zu treffen. In einer Ansprache betont er die alten positiven Verbindungen beider Völker und die ge-

meinsame europäische Gegenwart. – Die Reise ist nicht offiziell, da Ministerpräsident Mitsotakis es wegen der aktuellen Spannungen zwischen beiden Ländern abgelehnt hat, Rama einzuladen; er kritisiert Ramas Auftritt mehrmals. Die linke Oppositionspartei Syriza sieht das Datum als Provokation, weil der gewählte Bürgermeister von Himara, „Fredri“ Belevri“, exakt ein Jahr zuvor festgenommen wurde.

12. Konflikt um Staatsbezeichnung Nordmazedoniens In Skopje wird Gordana Siljanovska-Davkova als neue Staatspräsidentin vereidigt. Bei der Zeremonie vermeidet die frühere Rechtsprofessorin den offiziellen Staatsnamen Republik Nordmazedonien und spricht stattdessen von Mazedonien. Aus Protest verlässt daraufhin der griechische Botschafter die Vereidigung. Auch international stößt die Wortwahl der neuen Präsidentin auf Irritationen und Besorgnis. – Griechenland und Nordmazedonien hatten ihren jahrelangen Namensstreit und Konflikt um die Bezeichnung des international (UNO) zuvor als „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ (offiziell: Republik Mazedonien) anerkannten jugoslawischen Nachfolgestaates mit dem Prespa-Abkommen vom 12.06.2018 beigelegt.

16. Rentenabkommen mit Italien beschlossen Das Parlament verabschiedet mit 92 Stimmen ohne Gegenstimmen ein Abkommen mit Italien, das für ca. 500.000 Albaner, die in Italien leben oder gelebt haben, die Renten sichert; auch einige Tausend Italiener sind betroffen (s. 06.02.2024).

17. Keine Aufnahme Kosovos in den Europarat Bei den Beratungen des Ministerkomitees des Europarates (CoE) steht die Aufnahme Kosovos nicht auf der Tagesordnung. Wenige Tage vor der entscheidenden Sitzung hatten Deutschland, Frankreich und Italien eine CoE-Mitgliedschaft Kosovos von der Gründung eines serbischen Gemeindeverbandes in (Nord-) Kosovo abhängig gemacht. Daraufhin hatte die kosovarische Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz am 16.05. in einem Brief an den Präsidenten des CoE, die Ausarbeitung eines Satzungsentwurfs für den Gemeindeverband sowie dessen Übersendung an das kosovarische Verfassungsgericht zur Überprüfung (vergeblich) zugesichert. Die Parlamentarische Versammlung des CoE hatte am 16.04.2024 einer CoE-Mitgliedschaft Kosovos mit großer Mehrheit zugestimmt.

20. Kosovo schließt Filialen der serbischen Postsparkasse In den nordkosovarischen Gemeinden Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavić schließen und versiegeln kosovarische Behörden die fünf verbliebenen Filialen der (serbischen) „Banka Poštanska štedionica“ (Bank Postsparkasse), die über keine Lizenz der BQK verfügt. Bei der Aktion werden u.a. insgesamt 1,6 Millionen Euro sowie 74,7 Millionen Dinar (RSD) sichergestellt. Am 29.05. beschlagnahmen kosovarische Behörden auch den Tresor der „Nationalbank Serbiens“ (NBS) in Nord-Mitrovica, der u.a. 152.290,00 Dinar enthält.

22. Wahlwiederholung führt zu veränderter Sitzverteilung Eine Wahlwiederholung in sieben Stimmbezirken führt in Nordmazedonien zu einer veränderten Sitzverteilung im Parlament. Das von der albanischen BDI geführte Wahlbündnis „Europäische Front“ verliert ein Mandat und kommt somit auf nunmehr 18 Sitze. Die Wahlkoalition VLEN gewinnt einen Sitz und erreicht 14. Von den 18 Sitzen der „Europäischen Front“ gewinnt die BDI somit zehn, die restlichen Mandate gehen an die „Allianz der Albaner“ (AA), die PDSH sowie an zwei Parteien der türkischen Minderheit.

24. Rama dementiert Bruch mit Meloni Edi Rama dementiert einen Bericht der italienischen Zeitung „La Repubblica“, er sei wegen der italienischen Flüchtlingslager aus albanischem Boden mit seiner Kollegin Giorgia Meloni (Fd'I) im Streit.

28. Afrim Gashi neuer Parlamentspräsident in Nordmazedonien Mit 76 Ja- und sechs Neinstimmen wählt das nordmazedonische Parlament Afrim Gashi (Alternativa/VLEN) zum neuen Parlamentspräsidenten. Zwei Tage zuvor hatten VMRO-DPMNE und VLEN ihre Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Demnach erhält VLEN fünf Ministerien; Izet Mexhiti (LD/VLEN) soll erster Vizeregierungschef werden.

30. Antikorruptionsausschuss Das Parlament richtet mit den Stimmen der Regierung (74:6) einen Sonderausschuss zur Korruptionsbekämpfung ein. Die gesetzliche Grundlage dafür wurde erst am Vortag veröffentlicht.

30. Genci Nimanbegu neuer Bürgermeister in Ulqin/Ulcinj Im mehrheitlich albanisch besiedelten montenegrinischen Ferien- und Küstenort Ulqin/Ulcinj wählt das Kommunalparlament den FORCA-Parteivorsitzenden Genci Nimanbegu

zum neuen Bürgermeister. Zuvor hatte eine Mehrheit von 20 Abgeordneten den bisherigen Amtsinhaber Omer Bajraktari abgewählt. Dieser gehört der Partei URA des bis zum 31.10.2023 (zuletzt nur noch geschäftsführend) amtierenden früheren montenegrinischen Ministerpräsidenten Dritan Abazović an. Während der Sitzung des Kommunalparlamentes wird Tränengas gezündet, es kommt zu einem Stromausfall, einem Polizeieinsatz und zu staatsanwaltlichen Ermittlungen. Die neue kommunale Koalition besteht aus FORCA, AD, DPS, SDP, SD und der bosnischen BS.

JUNI

05. Meloni in Gjadër Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni besucht mit Rama das italienische Flüchtlingslager in Gjadër; sie dankt der albanischen Regierung für ihre Unterstützung und nimmt Rama persönlich gegen Kritik in Schutz. Ein teilnehmender Oppositionsabgeordneter wirft Meloni eine Wahlkampfschow vor.

05. Kurti lehnt Überprüfung internationaler Satzungsentwürfe ab In einem Interview mit dem albanischen TV-Kanal und Nachrichtenportal A2CNN lehnt der kosovarische Regierungschef Albin Kurti eine juristische Überprüfung der von internationaler Seite (u.a. EU) vorgelegten Satzungsentwürfe für einen serbischen Gemeindeverband durch das kosovarische Verfassungsgericht ab. Er schlägt stattdessen eine rechtliche Begutachtung durch die Venedig-Kommission des Europarates vor. Kurti begründet seine Ablehnung damit, dass die kosovarische Regierung nur eigene Gesetzesvorhaben an das kosovarische Verfassungsgericht senden könne und nicht solche von dritter oder internationaler Seite.

06. Auftrag zur Regierungsbildung In Skopje beauftragt Präsidentin Gordana Siljanovska-Davkova VMRO-DPMNE-Parteichef Hristijan Mickoski mit der Bildung einer neuen Regierung. Seine nationalkonservative Partei war aus der Parlamentswahl in Nordmazedonien (siehe 08.05.) siegreich hervorgegangen. Der frühere Professor für Maschinenbau, der seit Dezember 2017 als Vorsitzender der VMRO-DPMNE amtiert, strebt eine Koalition mit dem albanischen Wahlbündnis VLEN und der neugegründeten linkskonservativen Partei ZNAM an.

09. Beleri ins Europäische Parlament gewählt Der wegen Wahlfälschung zu zwei Jahren Haft verurteilte gewählte Bürgermeister von Himara, „Fredri“ Beleri, wird als Vertreter der griechischen Regierungspartei ND ins Europäische Parlament gewählt. Damit wird die Frage nach der Rechtmäßigkeit seiner Inhaftierung zur gesamteuropäischen Frage. – Am 25.06. bestätigt ein Berufungsgericht die Verurteilung Beleris.

11. Berufungsgericht stärkt Berisha Das Berufungsgericht bestätigt die erstinstanzliche Entscheidung, wonach der Berisha-Flügel der PD das Recht habe, das Logo und das Siegel der Partei zu führen. – Einzelne Abgeordnete des Basha-Flügels wechseln zu Berisha. – Lulzim Basha kündigt am 14. Juni an, beim Obersten Gerichtshof in Berufung zu gehen.

15. Italien – Albanien 2:1 Bei der Fußball-Europameisterschaft unterliegt Albanien im ersten Spiel der Gruppe B in Dortmund Italien mit 1:2. Nedim Bajrami schießt nach nur 23 Sekunden das schnellste Tor, dass es je bei einer EM gab.

17. Berisha darf weiterhin nicht ins UK Ein Berufungsgericht in London weist die Klage von Sali Berisha ab, der sich gegen seine Etikettierung als persona non grata mit Einreiseverbot ins Vereinigte Königreich wendet.

18. Kaum E-Autos in Südosteuropa Laut einer auf Daten des Statistikamtes der EU (Eurostat) basierenden kroatischen Studie lag der Anteil von E-Autos 2022 in Europa am niedrigsten in Bosnien-Herzegowina (0,01 %) sowie in Nordmazedonien (0,04 %). Auch Albanien wies mit 0,19 % einen Wert deutlich unter 1,0 % auf. Die folgenden Plätze belegen Moldau (0,21 %) sowie Bulgarien (0,22 %).

19. Kroatien – Albanien 2:2 Im zweiten Gruppenspiel gelingt Albanien gegen Kroatien in Hamburg ein 2:2-Unentschieden. Für Albanien treffen Qazim Laçi (11.) und Klaus Gjasula (90+5.). Gjasula hatte in der 76. Minute ein Eigentor geschossen.

20. Antonio Bellusci gestorben Der Priester und Volkskundler Antonio Bellusci stirbt mit 89 Jahren. Der am 15.09.1934 in Frascineto bei Cosenza geborene Bellusci gab zahlreiche Bücher und Zeitschriften über die Kultur der Arbëresh und der in Griechenland lebenden Arvaniten heraus.

20. Meta und Kryemadhi getrennt Der PL-Vorsitzende Ilir Meta gibt in einem Fernsehinterview seine endgültige Trennung und bevorstehende Scheidung von Monika Kryemadhi bekannt; ihre politischen Vorstellungen seien nicht mehr vereinbar. Kryemadhi hatte während Metas Amtszeit als Staatspräsident den Vorsitz der LSI (heute: PL) übernommen.

23. Neue Regierung in Nordmazedonien Mit 73 Ja- und 22 Neinstimmen bestätigt das nordmazedonische Parlament die neue Regierung von Ministerpräsident Hristijan Mickoski. Die Koalitionsregierung seiner VMRO-DPMNE mit dem albanischen Wahlbündnis VLEN und der neugegründeten Partei ZNAM kann sich auf 78 der 120 Parlamentsabgeordneten stützen. Das neue Kabinett umfasst 24 Mitglieder, wovon VMRO-DPMNE 15 stellt. VLEN erhält die Ministerien für Gesundheit (Arben Taravari), Soziales, Demographie und Jugend (Fatmir Limani), Wirtschaft und Arbeit (Besar Durmishi) sowie mit Arben Fetaj einen Minister ohne Geschäftsbereich. Erster stellvertretender Vizeregierungschef wird Izet Mexhiti. ZNAM stellt die Minister für Justiz und Staatliche Verwaltung. – Zuvor hatten die Parteien des neuen Regierungsbündnisses am 08.06. für einen Neuzuschnitt und eine Reduzierung der Anzahl der Ministerien gestimmt, wobei eine Zweidrittelmehrheit durch Zugeständnisse an die (oppositionelle) „Europäische Front“ erreicht werden konnte, dessen Abgeordnete (mit Ausnahme der AA) ebenfalls zustimmten. So soll ein parlamentarischer ad hoc-Ausschuss die ethnische Zusammensetzung der Mitarbeiter zentraler staatlicher Institutionen ermitteln und überprüfen.

24. Albanien – Spanien 0:1 – aus der EM ausgeschieden In Düsseldorf verliert Albanien gegen Spanien mit 0:1. – Mit nur einem Punkt ist Albanien Gruppenletzter und scheidet nach der Vorrunde aus der Europameisterschaft. Dennoch wird das Auftreten Albanien allgemein gewürdigt. Kritisiert werden hingegen die Ausschreitungen zahlreicher albanischer Fans, für die der Fußballverband FSHF mit einer Geldstrafe belegt wird.

26. Volkszählung 2023 Das Statistische Institut INSTAT veröffentlicht mit Verspätung die Ergebnisse der Volkszählung von 2023. Seit dem letzten Zensus von 2011 ist die Wohnbevölkerung Albanien von 2,8 auf 2,4 Millionen zurückgegangen.

26. Kein Kurti-Vučić-Treffen In Brüssel treffen der kosovarische Regierungschef Albin Kurti sowie Serbiens Präsident Aleksandar Vučić in getrennten Unterredungen mit dem EU-Sondergesandten für den Dialog zwischen Kosovo und Serbien, Miroslav Lajčák, sowie mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zusammen. Ein von den EU-Vertretern angestrebtes gemeinsames Treffen mit Kurti und Vučić kommt dagegen nicht zustande. Die Gespräche enden ohne greifbare Ergebnisse.

27. Verbot des Festivals „Mirëdita – dobar dan“ In Belgrad untersagt das serbische Innenministerium das gemeinsam von kosovarischen und serbischen Bürgerinitiativen sowie NGOs seit 2014 jährlich abwechselnd in Prishtina und Belgrad organisierte Festival „Mirëdita – dobar dan“, welches die Kultur- und Kunstszene beider Länder miteinander vernetzen und dem Kulturaustausch dienen soll, da dieses, so der serbische Innenminister Ivica Dačić, ein „Sicherheitsrisiko“ darstelle. Die Entscheidung der Belgrader Behörden wird sowohl von der kosovarischen Regierung als auch von der EU kritisiert.

JULI

01. Ismail Kadare gestorben Der bekannteste albanischsprachige Schriftsteller der Gegenwart, Ismail Kadare, stirbt mit 88 Jahren in Tirana. Er wurde am 28.01.1936 in Gjirokastra geboren. Er war Autor zahlreicher Romane, die in viele Fremdsprachen übersetzt wurden. Er setzte sich besonders mit der Rolle der Literatur in diktatorischen Systemen auseinander. Da er selbst staatliche Funktionen innehatte, war er auch umstritten. Er emigrierte 1990 und hatte in Paris seinen Hauptwohnsitz. – Kadare wird am 3. Juli im Opernhaus am Skanderbeg-Platz zum Trauerdefilee aufgebahrt und dann beigesetzt. – Es gibt in der ganzen Welt Beileidsbekundungen; allgemein wird bedauert, dass die albanische Literatur ihre bedeutendste Stimme verloren habe.

04. Ex-Minister Beqaj verhaftet Der frühere (2013–17) Gesundheitsminister Ilir Beqaj (PS) wird verhaftet. Gegen ihn wird seit längerem wegen Veruntreuung von EU-Mitteln für das Gesundheitswesen bei der Konzessionsvergabe für Sterilisierungsmaßnahmen in Kliniken ermittelt.

05. Griechen und Mazedonier lehnen Zahlenangaben der Volkszählung ab

Vertreter der griechischen und der mazedonischen Minderheit in Albanien erklären, die (nach Verzögerungen) am 26.06. in Tirana veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung 2023 (Stichtag: 18.09.2023) nicht zu akzeptieren. Der Zensus ermittelte lediglich 2.281 Mazedonier in Albanien, womit sich deren Zahl im Vergleich zu 2011 in etwa halbierte. Gleichzeitig stieg die Zahl der Bulgaren deutlich auf 7.057. Als Griechen deklarierten sich 23.485 Personen. – Laut der von INSTAT vorgestellten Daten sank u.a. die Zahl der sunnitischen Muslime mit 1.101.718 Personen bei einer neuen Gesamtbevölkerungszahl von 2.402.113 Einwohnern erstmals unter die 50-Prozent-Marke, womit Albanien seinen bisherigen Status als mehrheitlich islamisches Land verloren haben dürfte.

05. Beleri offiziell nicht mehr Bürgermeister

Die Zentrale Wahlkommission stellt offiziell fest, dass Fredi Beleri nicht (mehr) Bürgermeister von Himara ist. Die Neuwahl wird auf den 4. August angesetzt. – Beleri war vor seiner Wahl wegen Wahlmanipulation und inzwischen zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Griechenland beschuldigte Albanien, die griechische Minderheit zu unterdrücken. Beleri wurde auf der Liste der griechischen Regierungspartei ND inzwischen ins Europäische Parlament gewählt und erhält für seine Verteidigung Hafturlaub (s. 05.06.2024).

09. Keine Auslieferung eines früheren UÇK-Offiziers

Das Oberste Gericht Albaniens lehnt einen Antrag der Staatsanwaltschaft ab, den früheren UÇK-Offizier Dritan Goxhaj ans Internationale Tribunal in Den Haag auszuliefern, wo er wegen Zeugenbeeinflussung unter Anklage steht.

11. Keine Mehrheit für Gesetz zur reproduktiven Gesundheit

Im kosovarischen Parlament scheidet, wie zuletzt bereits am 23.05., erneut eine Abstimmung über das Gesetz zur reproduktiven Gesundheit am Widerstand islamisch orientierter VV-Parlamentsabgeordneter, die u.a. die Streichung von drei Absätzen, die das Recht auf künstliche Befruchtung nicht nur verheirateten Paaren, sondern auch unverheirateten Frauen einräumen, verlangen. – Auch das neue Religionsgesetz sowie ein Gesetzesvorhaben zur weitgehenden rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren können wegen Ablehnung durch eine Gruppe von acht islamischen VV-Abgeordneten um

den Parlamentarier Visar Korenica seit geraumer Zeit nicht verabschiedet werden.

12. Volkszählung Kosovo

In Prishtina werden erste vorläufige Zahlen zur Volkszählung 2024 (Datenerhebung: 05.04.–24.05.) präsentiert. Demnach beläuft sich die aktuelle Einwohnerzahl auf 1.586.659 Personen (Zensus 2011: 1.739.825) Das Durchschnittsalter beträgt 34,82 Jahre (+4,85 Jahre). Angaben u.a. zur Religionszugehörigkeit sollen erst im Dezember d.J. veröffentlicht werden. Die Datenerhebung der Kosovaren in der Diaspora endet erst am 31.08.

16. Tankstellen in Nordkosovo geschlossen

Im nordkosovarischen Nord-Mitrovica, in Zubin Potok sowie am Gazivodasee/Ujmansee schließen kosovarische Behörden drei Tankstellen des serbischen Mineralölunternehmens „NIS Petrol“, das 2008 an Gazprom verkauft wurde und dessen 300 Tankstellen in Serbien inzwischen unter dem Markenauftritt „NIS Petrol i Gazprom benzinske stanice“ firmieren. Nach Angaben der ATK (Steuerverwaltung Kosovos) besaßen die drei Tankstellen keine Lizenz und wurden teilweise auch nicht besteuert. Laut kosovarischer Medienberichte sollen die Tankstellen Milan Radoičić gehören, der als Anführer jener serbischen Kampftruppe gilt, die am 24.09.2023 nahe des serbisch-orthodoxen Klosters Banjska eine Terrorattacke auf eine kosovarische Polizei-Patrouille verübte und sich nach Gefechten mit kosovarischen Sicherheitskräften nach Serbien absetzen konnte.

18. Resolution zum Kriegszustand mit Griechenland

Das Parlament verabschiedet einstimmig (trotz kontroverser Debatte über die Außenpolitik der Regierung) eine Resolution, in der Griechenland aufgefordert wird, das Gesetz von 1940 über den Kriegszustand mit Albanien formal aufzuheben. – Das damals von Italien besetzte Albanien war die Aufmarschbasis von Mussolinis Truppen gegen Griechenland.

22. Visapflicht für Inhaber serbischer Pässe der Parallelverwaltung in Kosovo aufgehoben

Der Europäische Rat beschließt, die seit Beginn des Jahres 2024 für Kosovo geltende Visaliberalisierung der EU auch auf Inhaber serbischer Reisepässe, die von den serbischen Parallelstrukturen in Kosovo ausgestellt wurden, auszudehnen. Diese waren zuvor sowohl von der Abschaffung der Visapflicht mit Serbien (Dezember 2009) als auch mit Kosovo ausgenommen worden. Die Entscheidung stößt auf deutliche Kritik der

kosovarischen Regierung, die dies als Anerkennung der aus ihrer Sicht illegalen serbischen Parallelverwaltung in Kosovo betrachtet.

23. Regierungsumbildung in Montenegro

In Podgorica bestätigt das Parlament die 44. Regierung Montenegros. Ministerpräsident bleibt Amtsinhaber Miloško Spajić (PES). Mit 32 Regierungsmitgliedern, sieben Vizeregierungschefs und 54 Staatssekretären soll es sich laut montenegrinischer Medienberichte um eine der größten Regierungen Europas handeln. Die Anzahl der Ministerien wurde um neun erhöht. Neue Koalitionspartner der PES („Europa jetzt!“) sind (neben der SNP, den Demokraten sowie albanischen Minderheitsparteien) die proserbische Demokratische Front (DF) sowie die Bosnische Partei (BS). Die albanischen Listenverbindungen „Albanisches Forum“ und „Albanische Allianz“ stellen mit Fatmir Gjeka (Minderheiten), Marash Dukaj (Öffentliche Verwaltung) sowie mit Nik Gjeshaj (Vizeregierungschef und Wirtschaft) unverändert weiterhin drei Regierungsmitglieder. Der Regierungseintritt einer weiteren proserbischen und prorussischen Partei löst international Besorgnis aus.

26. Parlamentspräsidentin Nikolla zurückgetreten

Lindita Nikolla (PS) tritt überraschend von ihrem Amt als Präsidentin des Parlaments zurück; sie gibt gesundheitliche Probleme als Grund an.

26. Briefwahl ermöglicht

Mit 106 gegen 2 Stimmen verabschiedet das Parlament eine Novelle zum Wahlgesetzbuch, durch das im Ausland lebenden Albanern die Möglichkeit der Briefwahl eröffnet wird.

26. Albanien, Kosovo und Nordmazedonien bei Olympischen Spielen

In Paris werden die Olympischen Sommerspiele eröffnet. Für Albanien sind acht, für Kosovo neun und für Nordmazedonien sechs Sportlerinnen und Sportler nominiert.

27. Führerschein-Umstellung in Kosovo

Nach Angaben kosovarischer Behörden haben seit dem 09.05. im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens 3.941 Serben in Kosovo ihren von der serbischen Parallelverwaltung in Kosovo ausgestellten Führerschein in einen solchen der Republik Kosovo umgetauscht. Die Aktion läuft noch bis zum 09.08.2024.

28. Große Umbesetzung in albanischer Regierung

Auf einem Kongress der PS gibt Edi Rama weitreichende Umbeset-

zungen bekannt. Parlamentsministerin Elisa Spiropali löst Lindita Nikolla als Parlamentspräsidentin ab. Der bisherige Innenminister Taulant Balla wechselt ins Parlamentsministerium. Ervin Hoxha wird Innenminister. Pirro Vëngu löst Niko Peleshi im Verteidigungsressort ab, Petrit Malaj ersetzt Ervin Mete als Finanzminister. Der Fraktionsvorsitzende Bledi Çuçi wird zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten (statt Ermelona Felaj) degradiert. Neuer Fraktionschef wird Ramas alter Weggefährte, der bisherige Verteidigungsminister Niko Peleshi. Das Parlament bestätigt diese Neubesetzungen am 30.07. – Die drei Newcomer sind politisch bisher nicht profilierte Behördenleiter: Malaj leitete bisher die Agentur für Natürliche Ressourcen (AKBN), Hoxha die territoriale Umweltschutzbehörde IKMT und Vëngu die Hafenverwaltung von Durrës.

29. VLEN auf dem Weg zur Partei? Das albanische Wahlbündnis VLEN in Nordmazedonien gibt mit Fari Iseni (LD) die Ernennung eines gemeinsamen Sprechers bekannt. Laut nordmazedonischer Medienberichte ist die Entscheidung als erster Schritt hin zu einer Verschmelzung der Mitgliedsparteien zu verstehen. VLEN-Organisationssekretär wird Albi Qamili (Lëvizja Besa).

AUGUST

01. Auseinandersetzung um Kleinkredit-Unternehmen Die Bank von Albanien (BSH) weist Vorwürfe von Präsident Bajram Begaj vom Vortag zurück, der in einem Schreiben an die zuständigen Parlamentsausschüsse der Staatsbank vorgeworfen hatte, ihre Aufsicht gegenüber Unternehmen, die Kleinkredite vergeben, nicht wahrgenommen haben. Ein Gericht hatte am 18. Juli zwei dieser Firmen geschlossen und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die Vorwürfe lauten auf Betrug, Geldwäsche, Nötigung ihrer Kunden u.a.

01. Vorfall mit Präsidentin Osmani am Flughafen Skopje Auf dem Flughafen Skopje kommt es im VIP-Bereich zu einem Eklat, als Sicherheitsmitarbeiter des Flughafens die kosovarische Präsidentin Vjosa Osmani auf ihrem Weg nach Kroatien auffordern, ihr Handy für einen Sicherheitsscan abzugeben, was diese mit Verweis auf Bestimmungen des Wiener Übereinkommens ablehnt. Als Folge kommt es zu einem Gerangel zwischen Personenschützern der Präsidentin, dem

Sicherheitspersonal des Flughafens sowie später zwischen letzteren und Angehörigen des Sicherheitspersonals des nordmazedonischen Parlamentspräsidenten Afrim Gashi, das dieser zur „Beruhigung der Lage“ zum Flughafen entsandt hatte. Die beteiligten Seiten stellen in den Folgetagen die Abläufe völlig unterschiedlich dar, wobei das kosovarische Präsidialbüro schwere Vorwürfe gegen den Flughafenbetreiber erhebt und ankündigt, dass Vjosa Osmani den Flughafen Skopje für ihre Reisen nicht mehr nutzen werde.

04. PS-Kandidat siegt bei Bürgermeister-Neuwahl in Himara In Himara findet die Neuwahl des Bürgermeisters statt. Der bei der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 mit knapper Mehrheit gewählte Oppositionskandidat Fredi Beleri wurde wegen Wahlmanipulation inhaftiert und konnte sein Amt nicht antreten. Die Wahlbeteiligung liegt bei 37,7 % bzw. 8.567 Stimmen (2023: 34,3 % bzw. 7.661 Stimmen). Der PS-Kandidat Vangjel Tavo, ehemaliger Gesundheitsminister und Präfekt von Vlora, siegt mit 58,6 % gegen Petraq Gjukuria vom Oppositionsbündnis BF (41,4 %). Die Zahl der PS-geführten Gemeinden erhöht sich damit auf 54 von 61. – Die Opposition kritisiert, dass angeblich rund 6.000 Wahlberechtigte wegen abgelaufener Personaldokumente nicht wählen konnten. Die Zentrale Wahlkommission erklärt dazu, dass es in der Verantwortung der Bürger liege, sich gültige Papiere zu beschaffen. – Die erneute Niederlage bei einer Nachwahl löst bei der Opposition Debatten über die eigene Strategie aus.

04. „Bewegung zur Abkehr von der islamischen Religion“ In Kosovo sorgt erneut ein im Rahmen einer Messe in der Kirche „Shën Ndou“ in der Ortschaft Glogjan (Gemeinde Deçan) öffentlichkeitswirksam vollzogener Übertritt einer größeren Anzahl von Muslimen zur Katholischen Kirche für erhebliches Aufsehen. Die von der im Oktober 2023 gegründeten „Bewegung zur Abkehr von der islamischen Religion“ (Kurzform: „Bewegung von Deçan“) initiierten Religionsübertritte stoßen auf scharfe Kritik der BIK („Islamische Gemeinschaft Kosovos“). Parallele Versuche der erstmaligen Gründung und Registrierung einer Albanisch-Orthodoxen Gemeinde in Kosovo bleiben dagegen bislang erfolglos.

05. Kosovo schließt Filialen der serbischen Post In den nordkosovarischen Gemeinden Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavić schließen und versiegeln kosovarische Behörden

insgesamt neun Postämter der serbischen Post („Pošta Srbije“). Als offizielle Begründung wird angeführt, dass diese über keine Lizenz der kosovarischen ARKEP („Regulierungsbehörde für elektronische Kommunikation und Postdienste“) verfügen. Weitere (aus kosovarischer Sicht illegale) serbische Postämter in den serbischen Enklaven außerhalb Nordkosovos sind von den Schließungsmaßnahmen nicht betroffen. – Am 06.08. verweigern kosovarische Grenzbehörden am Grenzübergang Jarinje einem Fahrzeug der serbischen Post mit Briefsendungen für die Postroute Raška-Mitrovica-Gračanica die Einreise nach Kosovo.

08. Erdoğan auch Albanien soll Gülen-Organisation verfolgen: Bei einem Telefonat zwischen Edi Rama und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan fordert letzterer, dass die albanische Regierung die angeblich terroristische Organisation von Fetullah Gülen verbietet.

09. Vorbereitungen für Brückenöffnung in Mitrovica In der zwischen Serben und Albanern geteilten kosovarischen Stadt Mitrovica werden die Arbeiten für eine Öffnung der seit dem Ende des Kosovokrieges (1999) für den Autoverkehr gesperrten „Austerlitz-Brücke“, die die beiden Stadtteile über den Ibar verbindet und als Symbol der Teilung der Stadt gilt, intensiviert. So wird die Belastungsfähigkeit der Brücke mit mehreren schweren LKWs getestet. Die von der kosovarischen Regierung (einseitig) beabsichtigte Brückenöffnung wird von der KFOR sowie den Quint-Staaten wegen Sicherheitsbedenken strikt abgelehnt, wovon die Botschafter der fünf westlichen Staaten Regierungschef Albin Kurti am 02.08. in einem gemeinsamen Gespräch in Kenntnis setzen.

11. Olympische Spiele beendet – Medaillen für Albanien und Kosovo In Paris werden die Olympischen Sommerspiele beendet. Für Kosovo gewinnen zwei Judokas eine Silber- und eine Bronzemedaille: Distria Krasniqi im Frauenleichtgewicht und für Laura Fazliu im Frauenmittelgewicht. Albanien erringt zum ersten Mal olympische Medaillen: die beiden Ringer Islam Dudaev (Freistil-Ringen bis 65 kg) und Chermen Valiev (Freistil-Ringen bis 74 kg) gewinnen jeweils Bronze. Der tschetschenische Russe Dudaev wurde 2021 in Albanien eingebürgert, der ossetische Russe Valiev erst im März 2024.

12. Proteste in Bujanovac/Bujanoc In der teils albanisch bewohnten südserbischen Stadt Bujanovac/Bujanoc

(„Presheva-Tal“) fordern Teilnehmer bei einer von den albanischen Parteien sowie vom „Albanischen Nationalrat“ in Serbien gemeinsam organisierten Protestdemonstration ein Ende der Diskriminierung und Benachteiligung der albanischen Minderheit in Südserbien durch die Belgrader Behörden.

13. Mario Brunetti gestorben In Cosenza (Italien) stirbt im Alter von 91 Jahren mit Mario Brunetti der bekannteste Politiker der Arbëresh und frühere Parlamentsabgeordnete der kommunistischen PCI. Der am 20.10.1932 in Plataci/Pllatëni geborene Intellektuelle und Politiker gehörte zu den Initiatoren des Ende 1999 vom italienischen Parlament verabschiedeten Gesetzes Nr. 482/99, das die Einführung albanischsprachigen Unterrichts an den Grundschulen in den Siedlungsgebieten der Arbëresh in Kalabrien und Sizilien ermöglichte. Bekannt wurde Mario Brunetti auch durch seine Forschungen und Veröffentlichungen über die albanische Abstammung des marxistischen Philosophen und PCI-Gründers Antonio Gramsci (1891–1937).

16. Termin für Parlamentswahl in Kosovo In einem Erlass setzt die kosovarische Präsidentin Vjosa Osmani den Termin für die nächste Parlamentswahl in Kosovo auf den 09.02.2025 fest. Zuvor hatte Vjosa Osmani am 31.07. die Vorsitzenden der parlamentarischen Parteien zu Beratungen über den Wahltermin empfangen, wobei die Parteivertreter unterschiedliche Terminpräferenzen im Zeitraum Januar/Februar 2025 präsentierten.

18./19. Anwältin durchschwimmt Die aus Albanien stammende italienische Anwältin Eva Buzo durchschwimmt in 34 Stunden die Adria von Lecce bis zur Halbinsel Karaburun.

22./23. CIA-Chef in Kosovo In Prishtina trifft der Direktor der US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA, William Joseph Burns, zu nicht angekündigten Unterredungen mit Präsidentin Vjosa Osmani, Regierungschef Albin Kurti sowie mit dem Direktor des kosovarischen Nachrichtendienstes AKI, Petrit Ajeti, zusammen. Zuvor hatte der CIA-Direktor Bosnien-Herzegowina und Serbien besucht.

28. Einführung Krankenversicherung Auf ihrer turnusmäßigen Sitzung beschließt die kosovarische Regierung die Einführung einer gesetzlichen

und obligatorischen Krankenversicherung. Darüber hinaus wird der monatliche Mindestlohn ab dem 01.10. auf 350,00 Euro und pro Stunde auf mindestens 2,00 Euro angehoben. Dieser ist steuerfrei.

28. Gjasula tritt aus Nationalmannschaft zurück Klaus Gjasula beendet nach fünf Jahren seine Mitgliedschaft in der albanischen Fußball-Nationalmannschaft. Er spielt seit 2008 für deutsche Mannschaften, aktuell für den SV Darmstadt 98.

29. Kosovarisches Postamt in Nord-Mitrovica eröffnet Am zentralen Fürst-Lazar-Platz im serbisch dominierten Nord-Mitrovica eröffnen die kosovarische Wirtschaftsministerin Artane Rizvanolli sowie der Minister für Kommunalverwaltung, Elbert Krasniqi, eine Filiale der kosovarischen Post („Posta e Kosovës“). Serbische Demonstranten empfangen die kosovarischen Regierungsmitglieder mit Trillerpfeifen. In den Wochen zuvor hatte die kosovarische Post erstmals auch in anderen Gebieten Nordkosovos Filialen eröffnen können. Postämter der serbischen Post waren geschlossen worden (siehe 05.08.).

30. Schließung serbischer Parallelgemeinden in Nordkosovo Kosovovarische Behörden schließen mit einem Polizeieinsatz Verwaltungseinrichtungen der von Belgrad finanzierten Parallelgemeinden in Nord-Mitrovica, Zvečan, Zubin Potok und Leposavić sowie der Bezirksverwaltung (Okrug) Mitrovica. An den Gebäuden werden provisorische Schilder verschiedener kosovarischer Ministerien (Außenstellen) angebracht. Die EU und die Quint-Staaten üben deutliche Kritik und fordern Prishtina erneut auf, auf einseitige und nicht koordinierte Maßnahmen in Nordkosovo zu verzichten. – Am Folgetag protestieren serbische Bedienstete der (bisherigen) Parallelverwaltungen vor ihren geschlossenen Büros und fordern Zugang und Fortsetzung ihrer Tätigkeit.

SEPTEMBER

02. Beleri freigelassen Der 2023 zum Bürgermeister von Himara gewählte Dhionisios „Fred“ Beleri wird vorzeitig freigelassen. Er war zu einer zweijährigen Haftstrafe wegen Wahlmanipulation verurteilt worden. Der Fall hatte die Beziehungen zwischen Albanien und Griechenland belastet. Beleri wurde inzwischen für die griechischen Konser-

vativen (ND) zum Europa-Abgeordneten gewählt.

02. Rama meldet Tourismus-Rekord Nach Angaben von Ministerpräsident Rama sind zwischen Januar und August 7,2 Millionen Menschen nach Albanien eingereist; das seien 2,6 Mio. mehr als im Vorjahr. Allein im August seien es 1,3 Mio. gewesen, 370.000 mehr als 2023.

03. Umsiedelung der Kosovo-Serben in den Sandžak? Auf einer Pressekonferenz in Belgrad bestreitet Serbiens Präsident Aleksandar Vučić, dass die serbische Regierung beabsichtige, die serbische Bevölkerung in Nordkosovo in den serbischen Teil des Sandžak umzusiedeln. Über entsprechende Pläne hatten zuvor sowohl Medien in Kosovo als auch in Serbien berichtet.

03. Abwahl von nordmazedonischem Parlamentspräsident scheitert Im nordmazedonischen Parlament stimmen lediglich 21 von 93 anwesenden Parlamentarier für einen Antrag der linksnationalistischen und europaskeptischen Partei „Levica“ (Die Linke) zur Abwahl von Parlamentspräsident Afrim Gashi (VLEN). 72 Abgeordnete votieren gegen eine Entlassung. „Levica“ hatte den Abwahantrag u.a. damit begründet, dass Afrim Gashi bei dem Vorfall mit der kosovarischen Präsidentin Vjosa Osmani auf dem Flughafen Skopje (siehe 01.08.) mit der Entsendung seines persönlichen Sicherheitspersonals seine Kompetenzen überschritten habe.

04. PS-Abgeordneter begünstigt? Die PD beschuldigt Vullnet Sinaj, seit 2017 PS-Abgeordneter für Vlora, dass er im Widerspruch zu den Gesetzen aus dem Staatshaushalt für neuen in seinem Besitz befindliche Unternehmen ca. 3,7 Millionen Lekë (ca. 37.000 €) an Fördermitteln erhalten habe. Sinaj erklärt, die Vorwürfe seien unverhältnismäßig.

04. PD besetzt Bezirksvorsitze neu Auf einer Vorstandssitzung der PD (Berisha-Flügel) werden mehrere Positionen, darunter eine Reihe von Bezirksvorsitzenden, neu besetzt.

06. Rundfunkdirektor Peza zurückgetreten Der Direktor des staatlichen Rundfunks und Fernsehens (RTSH), Alfred Peza, ein früherer PS-Abgeordneter, erklärt seinen Rücktritt; er war erst im Juni 2023 ernannt worden. – Am 26.09. wird Aurora Polo zu seiner Nachfolgerin ernannt.

08. Führungsgremien der PS neu besetzt Bei einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes werden auf Vorschlag von Parteichef Rama wichtige Führungsämter, darunter Teile des Vorstandes sowie die Bezirksvorsitzenden, neu besetzt. Es fällt auf, dass der Wahlsieger von Himara, Vangjel Tavo, die frühere Finanzministerin Delina Ibrahimaj und der neue Verteidigungsminister Pirro Vëngu nicht in den Parteivorstand gewählt werden. – Rama kündigt an, 2025 in Shkodra für ein Mandat zu kandidieren. In der Vergangenheit war Shkodra eine Hochburg der PD, die aber 2023 auch dort das Amt des Bürgermeisters verloren hat.

11. PD unterstützt Berisha gegen SPAK Sali Berisha wird erneut von der Antikorruptionsbehörde SPAK vernommen, die ihm die ca. 500 Seiten umfassende Anklageschrift eröffnet. Anhänger Berishas solidarisieren sich vor der Behörde mit ihm, darunter der Fraktionsvorsitzende Gazment Bardhi, der bisher erklärt hatte, er unterstütze die SPAK.

11. Anklageerhebung im Fall Banjaska Knapp ein Jahr nach dem Terroranschlag (24.09.2023) einer serbischen Kampftruppe auf eine kosovarische Polizei-Patrouille nahe der Ortschaft Banjaska (Gemeinde Zvečan), bei der ein kosovarischer Polizist getötet und einer verletzt wurde, erhebt die kosovarische Sonderstaatsanwaltschaft Anklage gegen 45 beteiligte Personen und stellt 39 internationale Haftbefehle aus. Die Anklage lautet u.a. auf schweren Mord, Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit der Republik Kosovo sowie terroristische Handlungen und Aktivitäten. Die verzögerte Anklageerhebung der Justiz war zuvor wiederholt von der kosovarischen Regierung kritisiert worden.

11. Kosovarischer Salafistenprediger in Bonn festgenommen Der durch seine dschihadistisch-salafistischen Inhalte in den Sozialen Medien (insbesondere auf TikTok) bekannt gewordene und in Deutschland lebende kosovarische Salafistenprediger Abdul Alim Hamza (Leonis Hamza) wird in Bonn festgenommen. Der 1990 in Peja geborene Islamist stand bereits seit längerem unter Beobachtung deutscher Behörden und soll nach Kosovo abgeschoben werden.

12. Israels Präsident Herzog in Tirana Der israelische Präsident Jitzchak Herzog trifft in Tirana mit seinem Kollegen Begaj, Ministerpräsident Rama und anderen Politikern zusammen.

13. „Sieben-Punkte-Plan“ Serbiens In Belgrad präsentiert Präsident Vučić einen sieben Punkte umfassenden Kosovo-Forderungskatalog, der internationalen Vertretern übergeben werden soll. In diesem wird „die Beseitigung der wichtigsten Folgen der einseitigen und unkoordinierten Aktionen“ der kosovarischen Regierung in Nordkosovo verlangt. Zu den Forderungen gehören u.a. die Abhaltung von Wahlen im Norden, die Rückkehr der Serben in die regionale Polizeidirektion sowie der serbischen Richter und Staatsanwälte, der Abzug der Spezialeinheiten der kosovarischen Polizei, die umgehende Gründung des serbischen Gemeindeverbandes sowie die Sicherstellung von (serbischen) Finanz- und Postdienstleistungen. – Am 14.09. beschließt die serbische Regierung, Kosovo, das von ihr weiterhin als Teil des eigenen Staatsgebietes betrachtet wird, gesetzgeberisch unter „Sozialschutz“ zu stellen. Teile der bisherigen serbischen Parallelverwaltung in Kosovo sollen nach Rudnica (Raška) und Ribariće (Tutin) ausgelagert werden.

16. Verstöße gegen Wahlkampffinanzierung Die Zentrale Wahlkommission teilt mit, dass sie bei der zuständigen Kommission gegen zehn Parteien (darunter PD und PL) Geldbußen zwischen 500.000 und 1 Mio. Lekë, gegen die griechische Minderheitenpartei PBDNJ sogar von 2 Mio. Lekë beantragen wird; diese Parteien hatten bei der Finanzierung des Wahlkampfes für die Kommunalwahlen 2023 gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen.

17. Asylanträge von Albanern und Kosovaren Nach Angaben der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) haben im 1. Halbjahr 2024 3.778 albanische Staatsbürger sowie 3.375 Staatsbürger Kosovos einen Antrag auf Asyl in der EU gestellt. Damit belegen die beiden Staaten die ersten Plätze in der Gruppe der Westbalkanstaaten (Nordmazedonien: 1.872; Serbien: 1.660; Bosnien-Herzegovina: 750; Montenegro: 182 Asylanträge).

18. Früherer PD-Politiker Bogdani gestorben Der am 07.07.1980 geborene Gerti Bogdani stirbt in Tirana an Herzversagen. Er wurde 2007 zum Bezirksbürgermeister von Tirana (10. Bezirk) gewählt; seine modernisierende Amtsführung wurde über die PD hinaus gewürdigt. Er wurde Mitglied des Parteivorstandes, Chef des PD-Jugendverbandes FRPD (2009-15) und des Weltverbandes konservativer Jugendverbände (IYDU), zog sich dann aber aus der Parteipolitik zurück.

21. Bektashi-Staat in Tirana? Edi Rama erklärt in einer Rede vor der 79. Generalversammlung der UN sowie in der „New York Times“, er befürworte die Umwandlung des Gebäudekomplexes des sufistischen Bektashi-Ordens in Tirana in einen souveränen Staat nach dem Vorbild des Vatikan. Es wäre dann mit nur 0,11 km² der mit Abstand kleinste Staat der Welt (bisher der Vatikan mit 0,44 km²). Für die dazu notwendige Verfassungsänderung hat die PS allerdings keine Mehrheit; eine mit internationalen Experten besetzte Kommission soll im Auftrag von Rama nach einer verfassungskonformen Lösung suchen.

23. Protestmarsch in Presheva/Preševo Bei einem von den albanischen Parteien sowie vom „Albanischen Nationalrat“ in Serbien gemeinsam organisierten „Marsch für Identität und Würde“ zum Rathaus der vorwiegend albanisch besiedelten südserbischen Gemeinde Presheva/Preševo fordern die Teilnehmer erneut ein Ende der Diskriminierung und Benachteiligung der albanischen Minderheit in Südserbien durch die Belgrader Behörden. Eine ähnliche Protestdemonstration hatte zuvor bereits auch schon am 12.08. in Bujanovac/Bujanoc stattgefunden.

26. EU führt Verhandlungen mit Albanien ohne Nordmazedonien Die EU will die nächste Runde der Beitrittsverhandlungen mit Tirana ohne Skopje führen. Bulgarien blockiert die Verhandlungen mit Nordmazedonien. Nach dem Amtsantritt der nationalistischen Regierung Mickoski in Skopje haben sich die bilateralen Konflikte verschärft, zuletzt bei einem Besuch der nordmazedonischen Präsidentin in Sofia am 13. September, bei dem die nordmazedonische Flagge nicht gezeigt wurde.

26. Haft für PD-Abgeordneten Salianji Das Berufungsgericht lässt das erstinstanzliche Urteil gegen den PD-Abgeordneten Ervin Salianji zu einem Jahr Gefängnis in Kraft. Damit verliert er sein Mandat und tritt am folgenden Tag seine Haftstrafe an. Ihm wurde die Verbreitung eines gefälschten Videos vor sechs Jahren vorgeworfen, das Albert Xhafaj, den Bruder des damaligen Innenminister Fatmir Xhafaj, mit Organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht hatte. Salianji und die PD verurteilen die Gerichtsentcheidung als politisch motiviert, die PD kündigt Proteste an. Ihre Abgeordneten verbrennen am 30. September Mobiliar des Parlaments.

30. Gerichtsverfahren gegen UÇK-Anführer Vor dem internationalen Kosovo-Sondergerichtshof (KSC) in Den Haag wird das Verfahren gegen die früheren Anführer der UÇK, Es-Präsident Hashim Thaçi, Kadri Veseli, Rexhep Selim und Jakup Krasniqi, fortgesetzt, denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorgeworfen werden. Bislang wurden 91 Zeugen vernommen. Das Gerichtsverfahren war am 03.04.2023 mit dem Plädoyer der Sonderstaatsanwaltschaft eröffnet worden, die zuvor am 30.09.2022 ihre Anklageschrift vorgelegt hatte.

OKTOBER

01. VV-Parlamentarier verlassen Partei Zwei Parlamentsabgeordnete der kosovarischen Regierungspartei „Vetëvendosje!“ (VV), Eman Rrahmani und Visar Korenica, erklären ihren Austritt aus der VV und geben ihren Übertritt zur Vorwahlkoalition „Familienliste“ der AKR von Behgjet Pacolli und der moderat islamischen PD von Ferid Agani bekannt. Die beiden VV-Parlamentarier waren bislang Teil einer acht Abgeordnete umfassenden Gruppe von islamisch orientierten VV-Abgeordneten, an deren Widerstand u.a. die parlamentarische Verabschiedung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches (weitgehende rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare) sowie des Gesetzes zur reproduktiven Gesundheit scheiterten.

03. SPAK nimmt nicht an Justizreform-Ausschuss teil Nach dem Verfassungsgericht erklärt auch die Antikorruptions-Behörde SPAK, sie werde sich nicht an dem parlamentarischen Sonderausschuss zur Justizreform („Kommission Xhafaj“) beteiligen; das wird als Misstrauenskundgebung gegenüber der Politik aufgefasst.

03. SEPA und Westbalkanstaaten In Brüssel wird der Beitritt Albaniens, Nordmazedoniens und Montenegros zum „Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum“ (SEPA) zum 01.01.2025 bekanntgegeben. Damit werden u.a. internationale Banküberweisungen aus den Staaten des EWR und der Schweiz in die drei Beitrittsländer deutlich einfacher. Eine Aufnahme Serbiens und von Bosnien-Herzegowina in den Europäischen Zahlungsraum wird u.a. wegen nicht ausreichender technischer und juristischer Vorbereitungen verschoben.

03. Austritt der PDSH aus Oppositionsbündnis Gegenüber dem nordmazedonischen Fernsehsender „TV Telma“ bestätigt der PDSH-Parteivorsitzende Menduh Thaçi, der als einziger Abgeordneter seiner Partei dem Parlament in Skopje angehört, dass er das von der BDI angeführte albanische Oppositionsbündnis „Europäische Front“ verlassen hat. Spekulationen nordmazedonischer Medien über einen Übertritt in das Regierungslager, das zwei weitere Parlamentsitze zur Erreichung einer Zwei-Drittel-Mehrheit in der Volksvertretung benötigt, bestätigt Menduh Thaçi zunächst nicht.

07./27. Großdemonstration der Opposition Im Zentrum von Tirana führt die Opposition eine Großdemonstration gegen die Regierung Rama als „zivilen Ungehorsam“ durch. Anlass ist die Inhaftierung des PD-Abgeordneten Ervin Saliانji (s. 26.09.2024). Es werden schwere Ausschreitungen begangen, u.a. Brandanschläge auf die PS-Zentrale und staatliche Einrichtungen. Drei Polizisten werden verletzt. Die Polizei ermittelt gegen PD-Sekretär Flamur Noka, den Fraktionsvorsitzenden Gazment Bardhi und Ervin Minarolli. – Diplomaten und ausländische Politiker kritisieren die Ausschreitungen scharf; einige machen Sali Berisha persönlich dafür verantwortlich. – Der Oberste Gerichtshof entscheidet am 15.10., den Haftbefehl gegen Saliانji aufrecht zu erhalten. – Am 27.10. folgt eine weitere Demonstration.

07. Grenzübergang Merdare für serbische Waren wieder geöffnet Der kosovarische Innenminister Xhelal Sveçla bestätigt, dass mit sofortiger Wirkung der Grenzübergang Merdare für die Einfuhr von serbischen Waren wieder geöffnet sei. Kosovo hatte am 14.06.2023 als Reaktion auf die Entführung von drei kosovarischen Polizisten im Grenzgebiet zu Serbien durch serbische Kräfte einen kompletten Einfuhrstopp für serbische Produkte verhängt. Mit der Öffnung des Grenzübergangs kommt Prishtina vor allem der Forderung Deutschlands nach, das anderenfalls indirekt mit einer Suspendierung der Mitgliedschaft Kosovos im Freihandelsabkommen CEFTA gedroht hatte.

10. Erdoğan in Tirana Der türkische Präsident Recep T. Erdoğan besucht Albanien. Er und Rama pflegen seit langem eine enge Freundschaft. Anlass ist die seit langem überfällige Einweihung der großen Moschee in Tirana (Xhamia e Namazjasë); Erdoğan hatte der Muslimischen Gemeinschaft vorgeworfen,

unter dem Einfluss seines Feindes Fetullah Gülen zu stehen. (Gülen stirbt am 20.10.2024 in den USA.) Rama betont den Kampf gegen den Terrorismus und benennt dabei ausdrücklich die Hamas, die von der Türkei unterstützt wird. – Parlamentspräsidentin Spiropali (PS) sagt eine geplante Parlamentssitzung deshalb gegen den Protest der Opposition ab.

10./24. Weitere PS-Abgeordnete unter Korruptionsverdacht Der PS-Abgeordnete Jurgis Çyrbja legt sein Mandat nach seiner Vernehmung durch die SPAK nieder; er ist verdächtig, sein früheres Amt als Leiter des Hypothekenamtes von Durrës missbraucht zu haben und Kontakte zu einem Unterweltboss zu haben. Er wird am 21.10. festgenommen. Nachrücker wird Erjon Meka. – Am 24.10. kündigt die SPAK ein Verfahren gegen den PS-Abgeordneten Plarent Ndreca an; ihm wird Korruption bei der Bauvergabe für Polizeistationen in seiner früheren Funktion als Generalsekretär des Innenministeriums angelastet.

14. Berlin-Prozess In Berlin findet unter Leitung von Bundeskanzler Scholz eine Konferenz der EU-Spitzen und der sechs Beitrittskandidaten aus dem Westbalkan statt.

14. VV-Partei-Nebenregierung im Kosovo? Die kosovarische Tageszeitung „Nacionale“ veröffentlicht Mitschnitte aus einer Messenger-Kommunikation der „Kordinatorin der Komitees“ von VV, Dejana Mihali, mit dem früheren Direktor des kosovarischen Energieunternehmens KEK, Nagip Krasniqi, in der Mihali dem früheren KEK-Direktor detaillierte Anweisungen über Umfang und Dauer von notwendigen Stromabstellungen im Kosovo erteilt. Die Enthüllungen führen erneut zu einer heftigen innenpolitischen Debatte über die Existenz einer VV-internen „Partei-Nebenregierung“ mit separatem Machtzentrum, an dessen Spitze die auch als „graue Eminenz“ bezeichnete VV-Koordinatorin stehen soll.

15. EU-Verhandlungen zu Grundsatzfragen beginnen In Luxemburg beginnen die Verhandlungen zwischen Albanien und der EU über das erste von sechs thematischen Paketen, die Grundsatzfragen. Rama strebt die Vollmitgliedschaft bis spätestens 2030 an.

15. Albaner in Montenegro unter 5 Prozent Die montenegrinische Statistikbehörde MONSTAT veröffentlicht die Einzelergebnisse der Volkszählung von Dezember 2023. Demnach bezeichnen

sich 4,97 % der Bewohner (30.978 Personen) als Albaner. Beim letzten Zensus von 2011 wurde für die albanische Volksgruppe 4,91 % (30.439) ermittelt. 2023 bezeichneten sich 41,1 % als Montenegriner und 32,9% als Serben, 9,45% sind Bosniaken. Gegen den regionalen Trend wächst die Bevölkerung Montenegros, 633.158 Menschen lebten 2023 in dem kleinen Balkanstaat, etwa 13.000 mehr als bei Volkszählung 2011.

16. Schließung serbischer Parallelgemeinde von Skënderaj Kosovarische Behörden schließen die Büros der serbischen Parallelgemeinde Skënderaj, die kurz zuvor in ihrem Ausweichquartier im Gebäudekomplex des Bergwerks Trepça entdeckt worden waren. Laut Behördenangaben sind in Kosovo noch mehr als fünf serbische Parallelgemeinden existent, so etwa auch in Gračanica, wo, anders als in Nordkosovo, auch die serbische Postfiliale noch arbeitet.

16. Albanische Akademie der Wissenschaften in Nordmazedonien? Das albanische Parteienbündnis VLEN, Teil der Regierungskoalition von Regierungschef Hristijan Mickoski (VMRO-DPMNE), geht erneut mit dem Vorschlag der Gründung einer eigenständigen und parallelen „Albanischen Akademie der Wissenschaften“ in Nordmazedonien an die Öffentlichkeit. Die Initiative stößt auf viel Kritik. Die größte albanische Oppositionspartei BDI („Europäische Front“) spricht von einer „problematischen und zunehmenden Ethnisierung“ des Landes, wobei sich die BDI selbst mit Plänen für eine „Regionalisierung“ des Landes befasst. Auch Ministerpräsident Mickoski lehnt die Forderungen seines Koalitionspartners ab.

17. Erneut schwere Tumulte Die Opposition protestiert vor dem und im Parlamentsgebäude. Dabei soll der PD-Abgeordnete Luan Baçi von einem Polizisten direkt mit der Waffe bedroht worden sein.

18. Platzt das Flüchtlingsabkommen? Auf Anordnung eines italienischen Gerichts müssen 12 Asylbewerber, die in ein Flüchtlingslager bei Gjadra gebracht wurden, umgehend nach Italien zurückgeführt werden. Damit steht das umstrittene Abkommen zwischen Italien und Albanien auf der Kippe, wonach über die Anträge von Asylbewerbern in zwei Flüchtlingslagern auf albanischem Boden entschieden werden soll. Die italienische Regierung versucht, juristisch nachzubessern. – Rama hatte bereits am 14.10. klargestellt, dass er keine weiteren

derartigen Abkommen, etwa mit Deutschland, abschließen werde.

21. Ex-Präsident Meta verhaftet Die Polizei verhaftet aufgrund einer Anordnung der SPAK den Vorsitzenden der PL und ehemaligen Staats- und Regierungschef Ilir Meta wegen Korruption, Geldwäsche und unterlassener Deklaration von Vermögenswerten. Bei einer Verurteilung drohen ihm 6–10 Jahre Gefängnis. Meta, der offenbar vergeblich Asyl in Ungarn beantragt hatte, widersetzt sich der Festnahme und wird leicht verletzt. Die Opposition sieht die Verhaftung als politisch motiviert an. – Am folgenden Tag hält Metas Exfrau Monika Kryemadhi, gegen die ebenfalls ermittelt wird, die aber unter Meldeauflagen frei ist, eine Pressekonferenz ab; u.a. erklärt sie die nicht deklarierten Ausgaben mit einer Operation ihres krebserkrankten Sohnes.

23. PD-Abgeordnete demonstrieren vor Europaparlament 30 Abgeordnete der PD demonstrieren mit Postern vor dem Europaparlament gegen die Regierung Rama.

24. Keine Fortschritte bei serbisch-kosovarischen Treffen Auf Einladung des EU-Sondergesandten für den Dialog zwischen Kosovo und Serbien, Miroslav Lajčák, treffen der serbische und kosovarische Chefunterhändler, Petar Petković, sowie Vizeregierungschef Besnik Bislimi, in Brüssel zu Gesprächen über Möglichkeiten der Umsetzung des Abkommens von Brüssel sowie der Umsetzungsvereinbarung von Ohrid zusammen. Konkrete Ergebnisse werden nicht erzielt. Serbien verlangt zum wiederholten Male zunächst die Gründung eines serbischen Gemeindeverbandes, was Prishtina als Vorbedingung ablehnt.

25. VV boykottiert Parlamentssitzungen In Prishtina boykottiert die Regierungspartei VV zum vierten Mal eine außerordentliche Sitzung der kosovarischen Volksvertretung, auf der es nach Ansicht der Oppositionsparteien um eine parlamentarische Aufarbeitung der Skandale und Misswirtschaft beim kosovarischen Energieunternehmen KEK, um die Rolle von „VV-Koordinatorin“ Dejana Mihali sowie um abgehörte Telefonate zwischen der VV-Fraktionsvorsitzenden Mimoza Kusari-Lila und Politikern der „Serbischen Liste“ gehen soll.

30. Tote bei Anschlag in Shkodra In Shkodra wird im Rahmen einer Fehde zwischen Verbrecherbanden auf ein Auto geschossen; zwei Insassen sterben,

mehrere Menschen werden verletzt, und das Auto erfasst ein Motorrad; dabei stirbt auch eine unbeteiligte Frau. – Ein Aufruf zu einer Protestkundgebung gegen Gewalt und Blutrache wird ignoriert.

31. EU-Fortschrittsbericht EU-Botschafter Silvio Gonzato übergibt Edi Rama den jährlichen Fortschrittsbericht. Gonzato sagt, Albanien könne schon in den nächsten Jahren EU-Mitglied werden, wenn es weiter an der Beseitigung der bestehenden Defizite arbeite. Er nennt u.a. die Korruption, den fehlenden Willen zur Zusammenarbeit und die Pressefreiheit.

NOVEMBER

03. Peter Lützen (Platzmann) gestorben In Tirana stirbt Peter Lützen (geb. Platzmann) im Alter von 85 Jahren. Der am 02.07.1939 geborene Apotheker war in den 70er Jahren mit Albanien in Kontakt gekommen; von 1979 bis 1990 war er Vorsitzender der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG). Auch nach dem Systemwechsel blieb er mit Albanien eng verbunden; Dardha bei Korça war einer seiner Hauptwohnsitze.

03. Rama in Thessaloniki PS-Chef Rama hält in Thessaloniki eine Großkundgebung mit in Griechenland lebenden albanischen Bürgern ab. Da bei der Parlamentswahl 2025 die albanische Diaspora erstmals per Briefwahl abstimmen kann, ist sie möglicherweise wahlentscheidend. Rama fordert die Emigranten zur Heimkehr auf und kündigt die Entsendung von Albanisch-Lehrerinnen an. – Es gibt Proteste von griechischen Rechtsextremisten, die Teile Südalbaniens als „Nordepirus“ an Griechenland angliedern wollen. Rama sagt, er sei bedroht worden. Die griechische Regierung fordert von Rama einen besseren Schutz der griechischen Minderheit.

03. Protestdemonstration in Medvegja/Medveda Bei einer von den albanischen Parteien sowie vom „Albanischen Nationalrat“ in Südserbien organisierten Demonstration in der nur noch von etwa 400 Albanern bewohnten Gemeinde Medvegja/Medveda fordern die Teilnehmer unter dem Motto „Geben Sie die Adressen zurück“ ein Ende der „Passivierung“ der Adressen von Angehörigen der albanischen Minderheit durch die Belgrader Behörden. Durch die Streichung aus den Melderegistern verlieren die (vorübergehend) im Ausland lebenden albanischen

Emigranten u.a. ihr Wahlrecht und können bei Rückkehr in ihre Heimorte im südserbischen „Presheva-Tal“ weder ein Fahrzeug anmelden noch ein Unternehmen registrieren.

07. Rama bei EPC-Gipfel In Budapest findet eine Gipfelkonferenz der Europäischen Politischen Gemeinschaft mit Staats- und Regierungschefs der 47 Mitgliedsländer statt; Albanien wird durch Ministerpräsident Rama vertreten. Die von der EU unabhängige Organisation wurde 2022 gegründet; Russland und Belarus wurden nicht zum Beitritt eingeladen.

07. Freispruch für Shukri Buja in Den Haag Nach über fünfjährigen Ermittlungen wird der frühere Kommandeur der 161. Brigade der UÇK und Kommandant der „Operativen Zone Nerodime“, Shukri Buja, vom internationalen Kosovo-Sondergerichtshof (KSC) in Den Haag in allen Anklagepunkten (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) freigesprochen. Der PDK-Politiker, der zuletzt am 20.10.2024 nach Den Haag vorgeladen worden war, war zuvor nach erfolgter Anklageerhebung nicht inhaftiert worden, sondern befand sich auf freiem Fuß.

11. Erneute Gerichtsentscheidung gegen Flüchtlingslager Ein weiteres italienisches Gericht ordnet an, dass Asylbewerber in Italien, die in ein Flüchtlingslager in Albanien überstellt wurden, sofort zurückgeholt werden müssen; es erklärt den Europäischen Gerichtshof für zuständig, das Meloni-Rama-Abkommen zu überprüfen.

14. Banka Ekonomike eröffnet Filiale in Nordkosovo Als erstes rein kosovarische Finanzunternehmen eröffnet die Banka Ekonomike, die sich mehrheitlich im Besitz des Unternehmers und Politikers Behgjet Pacolli und seines Bruders Selim Pacolli befindet, eine Filiale in Nord-Mitrovica. Zuvor hatte bereits am 06.11. die albanische Versicherungsgesellschaft „Eurosig“ eine Geschäftsstelle im serbisch dominierten Nordteil der Stadt eröffnet.

15. Kontroverse um schulische Sexualerziehung In Prishtina erklärt die kosovarische Bildungsministerin Arbërie Nagavci, eine neu aufgelegte Reihe von schulischen Handbüchern zur „Sexuellen Aufklärung und reproduktiven Gesundheit“ zurückzuziehen und durch externe Experten überprüfen zu lassen. Zuvor hatte sich an dem Inhalt der Handbücher eine heftige Debatte zwischen Befürwortern und Kritikern der Neuauflage entzündet.

Vier Kommunen (Prishtina, Skënderaj, Fushë Kosova, Vitia) hatten zuletzt den Gebrauch und die Verwendung mehrerer Bände aus der Reihe in den Schulen auf ihrem Gemeindegebiet untersagt, „da diese für Kinder und Schüler nicht geeignet seien und sich negativ auf ihre Entwicklung auswirken“ würden.

15. Einseitige Umsetzung des Ohrid-Abkommens? In einem Interview mit der kosovarischen Nachrichtenagentur „KosovaPress“ schlägt Präsidentin Vjosa Osmani eine einseitige Umsetzung des Abkommens von Brüssel sowie der Umsetzungsvereinbarung von Ohrid durch Prishtina vor, die u.a. mit Sicherheitsgarantien seitens der westlichen Partner sowie einer Mitgliedschaft Kosovos in internationalen Organisationen verknüpft werden könne. – Am 20.11. lehnt Regierungschef Albin Kurti den Vorschlag Osmanis ab, da die Abkommen und Vereinbarungen vollumfänglich von beiden Seiten umgesetzt werden müssten.

18. Kosovarisch-nordmazedonische Regierungskonsultationen In Prishtina treffen die kosovarische und nordmazedonische Regierung und der Leitung von Regierungschef Albin Kurti und Ministerpräsident Hristijan Mickoski zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung zusammen. Es werden mehrere bilaterale Abkommen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft sowie Energie unterzeichnet. Außerdem verständigen sich beide Seiten auf den gemeinsamen Betrieb der Grenzübergangsstellen zwischen ihren beiden Ländern.

19. Haushalt 2025 Mit 75 Stimmen verabschiedet die Regierungsmehrheit den Haushalt 2025. Er sieht Einnahmen von 754,6 Milliarden Lek (+40,6 Mrd.) und Ausgaben von 822,7 Mrd. Lek (+51,4 Mrd.) vor, das Haushaltsdefizit wächst also weiter.

20. Verbot sozialer Medien? Nachdem am 18.11. ein 14-jähriger Schüler in Tirana einen gleichaltrigen Mitschüler erstochen hat, was eine große Medienresonanz und Protestkundgebungen gegen das Versagen der Institutionen auslöst, bringt Ministerpräsident Rama ein gesetzliches Verbot der sozialen Medien TikTok und Snapchat ins Gespräch; Filter seien ineffektiv. Der Tathintergrund soll im Cybermobbing liegen. Das Verbot müsse mit den Eltern abgesprochen werden. – Rama will auch eine Kameraüberwachung in Schulen und auf Straßen und Plätzen umsetzen.

21. Sprachkongress In Tirana findet ein gesamtalbanischer Kongress „Herausforderungen an die albanische Sprache im 21. Jahrhundert“ statt. Vertreter der Regierungen Albanien, Kosovos und Nordmazedoniens nehmen teil. Vertreter der Sprachwissenschaft wie Emil Lafe kritisieren den nachlässigen Umgang mit der Sprache durch die öffentlichen Institutionen. Der Entwurf eines großen normativen Wörterbuches wird vorgestellt.

23. „Serbische Liste“ bestätigt Wahlteilnahme Der Vorsitzende der „Serbischen Liste“ (SL) und Direktor des serbischen Regionalkrankenhauses in Nord-Mitrovica, Zlatan Elek, erklärt, dass die SL an den kosovarischen Parlamentswahlen am 09.02.2025 teilnehmen werde und den Gewinn aller zehn der serbischen Minderheit garantierten Sitze im kosovarischen Parlament anstrebe. Die Parlamentsabgeordneten der SL hatten seit Dezember 2022 (Zuspitzung der Situation in Nordkosovo) nicht mehr an Plenarsitzungen des kosovarischen Parlaments teilgenommen.

26. Neue Proteste der Opposition In Tirana findet eine neue Protestkundgebung der Opposition gegen die Regierung statt; es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei.

27. Hausarrest gegen Berisha aufgehoben Das Antikorruptionsgericht hebt den seit dem 30.12.2023 bestehenden Hausarrest gegen Sali Berisha auf. Er kann damit wieder persönlich an politischen Aktionen teilnehmen.

28. 112. Unabhängigkeitstag In Albanien wird der 112. Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit am 28.11.1912 in Vlora gefeiert. Am offiziellen Festakt in Vlora nimmt auch der kosovarische Regierungschef Albin Kurti teil. Er und Rama gehen betont freundlich miteinander um; in der Vergangenheit war ihr persönliches Verhältnis zerrüttet. – Oppositionsführer Berisha vergleicht die Regierung Rama mit einer Albanienfeindlichen Besatzungsmacht, die es zu stürzen gelte.

28. Innerethnische Spannungen in Nordmazedonien Anlässlich des albanischen Nationalfeiertags kommt es erstmals in jüngster Zeit in mehreren nordmazedonischen Städten zu verschiedenen Vorfällen, bei denen albanische und nordmazedonische Nationalfahnen verbrannt werden. In Kumanovo reißt ein nordmazedonischer Polizist eine al-

banische Fahne aus der Verankerung und wirft sie zu Boden. Albanische Parteien in Nordmazedonien sprechen von einem Skandal und fordern von der Regierung in Skopje eine Untersuchung und Konsequenzen aus den Vorfällen.

29. Anschlagsserie in Nordkosovo Bei einem Terroranschlag in der Ortschaft Varragë (Gemeinde Zubin Potok) wird der Wasserkanal Ibër–Lepenci, der mehrere Städte in Kosovo sowie das Wärmekraftwerk Obiliq mit Wasser aus dem Gazivodasee (Ujëman-Stausee) versorgt, schwer beschädigt. Etwa 200.000 Haushalte sind zeitweilig von der Wasserversorgung abgeschnitten sowie von Stromabschaltungen betroffen. In den Tagen zuvor (26./28.11.) waren bereits die Polizeistation sowie das Rathaus von Zvečan mit Handgranaten angegriffen worden. Bei Razzien der kosovarischen Polizei in Zvečan und Zubin Potok werden am 30.11. acht Verdächtige festgenommen sowie ein umfangreiches Waffenarsenal mit u.a. 200 Militäruniformen und Raketenwerfern sichergestellt. Regierungschef Albin Kurti spricht von einer hybriden Kriegsführung Serbiens und sieht Parallelen zu russischen Angriffen auf die Energieversorgung der Ukraine.

DEZEMBER

01. Mitsotakis zu Albanien EU-Ambitionen Gegenüber der griechischen Presse macht Ministerpräsident Kiriakos Mitsotakis einen EU-Beitritt Albanien von der Wahrung der Rechte der griechischen Minderheit, auch hinsichtlich der Regelung von rechtlich umstrittenen Eigentumstiteln an Grundbesitz, abhängig.

02. Artan Hoxha droht mit Enthüllungen Nachdem der bekannte Journalist Artan Hoxha im November von der Antikorruptionsbehörde SPAK vorgeladen wurde, erklärt er, die Regierung lasse ihn verfolgen, weil die Regierung selbst das organisierte Verbrechen kommandiere. Er habe Beweise, dass ein hochrangiger Politiker Verbindungen zur OK habe.

03. Berisha wieder im Parlament PD-Chef Sali Berisha tritt erstmals nach seinem elfmonatigen Hausarrest wieder im Parlament auf. Er richtet polemische Angriffe an die Regierung Rama, die wie die Kommunisten 1946 die Opposition ausschalten wollten.

05. Rama macht Amt von Unschuld seines Bruders abhängig Nach heftigen Angriffen des PD-Fraktionsvorsitzenden Gazment Bardhi weist Edi Rama Anschuldigungen gegen seinen Bruder Olsi zurück. Falls dieser ein Drogenhändler sei, werde er zurücktreten und aus dem öffentlichen Leben ausscheiden.

05. Verhaftungen von UÇK-Kommandeuren Auf Anordnung des internationalen Kosovo-Sondergerichtshofs (KSC) werden in Kosovo die früheren UÇK-Kommandanten Isni Kilaj und Fadil Fazliu sowie der ehemalige Chef des kosovarischen Nachrichtendienstes AKI und zeitweilige Berater von Ex-Präsident Hashim Thaçi, Bashkim Smakaj, durch Kräfte der EULEX-Polizei verhaftet und nach Den Haag zum KSC überstellt. Darüber hinaus findet eine Hausdurchsuchung bei Ex-Justizminister Hajredin Kuçi (PDK) statt.

06. Kurti in Bosnien-Herzegowina Erstmals reist Albin Kurti in seiner Eigenschaft als kosovarischer Regierungschef nach Bosnien-Herzegowina (BIH) und trifft in Sarajevo mit dem kroatischen sowie mit dem bosnischen Vertreter des dreiköpfigen Staatspräsidiums, Željko Komšić und Denis Bećirović, zusammen. Der Besuch Kurtis in BIH, das die Unabhängigkeit Kosovos aufgrund eines Vetos des Teilstaates Republika Srpska nicht anerkennt, stößt auf scharfe Kritik bosnischer Politiker, die für den Folgetag einen Boykott einer Ausschusssitzung der Parlamentarischen Versammlung des Gesamtstaates ankündigen. – Prishtina hatte am 14.10.2024 beschlossen, die Visapflicht für BIH-Staatsbürger zum 01.01.2025 einseitig aufzuheben.

07. Will Berisha nochmals Ministerpräsident werden? In den sozialen Medien erklärt Sali Berisha, seine dritte Rückkehr an die Macht werde seine erfolgreichste sein. Es wird spekuliert, dass er trotz seines hohen Alters von 80 Jahren nochmals Ministerpräsident werden will.

08. BDI-Spitzenpolitiker auf „schwarzer Liste“ der USA Die USA erklären den früheren nordmazedonischen Vizeregierungschef und Spitzenpolitiker der albanischen BDI, Artan Grubi, zur „persona non grata“ und setzen ihn, ebenso wie den (albanischen) Richter am Berufungsgericht Skopje, Enver Bexheti, neu auf ihre „schwarze Liste“. Hintergrund der Entscheidung sind eine mutmaßliche Beteiligung bei der Veruntreuung von Geldern der Staatslotteriegesellschaft sowie Korruptions- und Bestechungsvorwürfe. – Am 11.12. erklärt Artan Grubi darauf-

hin seinen Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Am 16.12. erlässt die nordmazedonische Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen Artan Grubi. Einen Tag zuvor setzt sich Artan Grubi unter ungeklärten Umständen mit dem nordmazedonischen Geschäftsmann und kosovarischen Honorarkonsul Arsim Papraniku in dessen Auto mit Diplomatenschildern nach Kosovo ab. Von dort reist er nach Albanien weiter.

11. Verfassungsgericht verschiebt Anhörung zum Sprachengesetz in Nordmazedonien In Skopje gibt das nordmazedonische Verfassungsgericht bekannt, das Verfahren zur Überprüfung des seit 2019 geltenden Sprachengesetzes, das die Verwendung der Sprachen der nationalen Nichtmehrheitsgemeinschaften regelt, auf unbestimmte Zeiten zu verschieben. Um eine Entscheidung zu verhindern, hatten die beiden albanischen Verfassungsrichter Osman Kadriu und Naser Ajdari die Gerichtssitzung boykottiert. Das Verfahren, bei dem nicht das gesamte Sprachengesetz, sondern lediglich einige Bestimmungen überprüft werden sollten, war von 13 verschiedenen Parteien, Organisationen, Verbänden und Initiativen angestoßen worden, die eine über internationale Standards hinausgehende Berücksichtigung der albanischen Sprache im öffentlichen Leben des Landes als verfassungswidrig ansehen.

13. Energiekrise in Kosovo Mit Rückgang der Temperaturen kommt es in Kosovo zu einer Überlastung der Stromnetze. Die Folge sind massive Stromausfälle und -abschaltungen. Durch Produktionsreduzierungen des kosovarischen Energieunternehmens KEK muss das Versorgungsunternehmen KESCO am 13.12. für 3,5 Millionen Euro Strom importieren. Regierungschef Albin Kurti ruft die Bevölkerung eindringlich zum Stromsparen und Heizen mit Holz und Pellets auf. Die Opposition wirft der Regierung ein völliges Versagen bei der Sicherstellung der Energieversorgung vor. Trotz Krisentreffen mit KEK, KESCO und KOSST (Netzbetreiber) bleibt die Situation bis Ende des Jahres angespannt. Gemäß Medienberichten verbraucht Kosovo 32.000 MWh pro Tag, die Eigenproduktion beläuft sich auf 17.000 MWh.

14. Parashqevi Simaku als Obdachlose Im Internet verbreitete Videoaufnahmen der US-amerikanischen Nachrichtenplattform WABC 7 News, die die im kommunistischen Albanien sehr populäre Künstlerin und Sängerin Parashqevi Simaku bei einer Straßenreportage als Sozialfall und nicht wiederzuerkennende

Obdachlose in New York zeigen, sorgen in Albanien und in Kosovo für Aufsehen, Bestürzung und große Anteilnahme. Parashqevi Simaku gehörte in den 1980ziger Jahren zu den erfolgreichsten Teilnehmern des RTSH-Liederfestivals, welches sie mehrfach gewann. Zuletzt nahm sie 1996 am 35. RTSH-Liederfestival teil. Einige Jahre zuvor war die am 01.09.1966 in Kavaja geborene Künstlerin in die USA emigriert. – Am 18.12. gelingt es, mit der ehemaligen Sängerin Kontakt aufzunehmen, Verbindung mit der Familie in Albanien herzustellen und eine Hotelunterbringung zu organisieren.

17. Berisha weiterhin non grata Nachdem das Londoner Berufungsgericht Sali Berishas Anfechtungsklage gegen seine Einstufung als „persona non grata“ (unerwünschte Person) abgelehnt hat, erklärt die US-Botschaft in Tirana, die USA legten Wert auf eine „gesunde Opposition“; man befasse sich aber weiterhin nicht mit Leuten, die wegen Korruption als non grata eingestuft worden seien. – Es wird spekuliert, dass die künftige Regierung Trump diese Position ändern könnte.

17. Albanische Post – Schlusslicht in Europa In Bern veröffentlicht der Weltpostverein (UPU) mit dem „State of the Postal Sector 2024“ die umfangreichen Detailergebnisse seiner jährlichen Untersuchung zur Entwicklung, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit der nationalen Postunternehmen der UPU-Mitgliedsstaaten. Als einziges Postunternehmen in Europa erreicht die Albanische Post („Posta Shqiptare“) mit einem Score von 45,4 lediglich den 5. PDL (Postal Development Level) und belegt damit den letzten Platz in Europa. Von den Westbalkanstaaten schneiden die Postunternehmen Montenegros (Score 53,8; 6. PDL) sowie Nordmazedoniens (59,5; 7. PDL) etwas sowie jene von Bosnien-Herzegowina (67,6; 8. PDL) und Serbien (73,5; 8. PDL) deutlich besser ab. Die kosovarische Post („Posta e Kosovës“) wurde nicht untersucht, da Kosovo bislang kein UPU-Mitglied ist.

19. Ergebnisse Volkszählung in Kosovo In Prishtina veröffentlicht die ASK (Statistikagentur Kosovos) weitere Einzelergebnisse des diesjährigen Zensus (05.04.–17.05.2024). Demnach bekennen sich 93,49 % der Bevölkerung zum Islam, 2,31 % zur Serbisch-Orthodoxen sowie 1,75 % zur Katholischen Kirche. Auf weitere Religionsgemeinschaften entfallen 0,45 %, darunter Protestanten, Juden und verschiedene Sufi-Orden (u.a. Bektaschi,

Halveti, Rifai'i). Als konfessionslos und nichtgläubig bezeichnen sich 1,5 %.

20. Albanische Botschaft in Kyjiw beschädigt Bei einem russischen Raketenangriff auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw werden u.a. auch die Gebäude, in denen sich die Botschaften Albanien sowie Nordmazedoniens befinden, beschädigt. Es gibt keine Verletzten. Das albanische Außenministerium verurteilt den Angriff scharf und spricht von einem sinnlosen Akt, der sich gegen die Grundprinzipien der internationalen Diplomatie richte.

20. Gemeinsame Parlamentssitzung In Prishtina tagen die Parlamente Albanien und Kosovos gemeinsam. Aus Protest gegen Rama boykottiert Berisha die Sitzung. – Edi Rama legt der kosovarischen Führung nahe, die gegenseitigen Nadelstiche gegenüber Serbien aufzugeben und ihre Schritte eng mit der EU abzustimmen. Neben zwei Wirtschaftsabkommen wird auch eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, wonach die Segelwettkämpfe der für 2030 an Kosovo vergebenen „Mittelmeerspiele“ im albanischen Durrës stattfinden sollen.

21. TikTok für ein Jahr gesperrt Die albanische Regierung sperrt landesweit den Zugang zu der Social Media-Plattform TikTok. Sie zieht die Konsequenzen aus der Tötung eines Schülers durch einen anderen, die einen Hintergrund in Cybermobbing haben soll. Rama gibt nach Gesprächen mit Eltern an, rund 90 % würden diesen Schritt unterstützen. – Das Unternehmen bestreitet diesen Zusammenhang; das Mobbing würde sich auf andere Plattformen verlagern. Auch Oppositionsführer Berisha sieht keine Verantwortung bei TikTok und spricht von einer extremen Form der Zensur.

22. „Shkodra Elektronike“ fährt zum ESC 2025 Beim alljährlichen „Festival i Këngës“ setzt sich die Gruppe „Shkodra Elektronike“ mit dem Titel „Zjerm“ (Feuer) im Finale gegen Elvana Gjata mit „Karnaval“ durch und wird am ESC in Basel teilnehmen.

23. Demonstration der Opposition Eine Großdemonstration der Opposition legt die Innenstadt von Tirana lahm. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei; PD-Politiker werfen den Beamten Gewaltexzesse vor. Ein Abgeordneter muss ins Krankenhaus.

23. Ex-Bürgermeister von Lezha zu 2 Jahren und 8 Monaten verurteilt Das Berufungsgericht verdoppelt die Strafe für Fran Frrokaj, den früheren Bürgermeister von Lezha (PD), wegen Amtsmissbrauch auf zwei Jahre und acht Monate.

24. Wahlkommission lässt „Serbische Liste“ (zunächst) nicht zu Die KQZ (Zentrale Wahlkommission) verweigert der „Serbischen Liste“ (SL) die Zulassung zu der Parlamentswahl in Kosovo am 09.02.2025. Hintergrund der Entscheidung sind politische Äußerungen des SL-Vorsitzenden Zlatan Elek, wonach die SL die Republik Kosovo nicht anerkenne und „Kosovo und Metohija“ integraler Teil der Republik Serbien seien. – Am 25.12. lässt die PZAP (Wahlgremium für Beschwerden und Eingaben) eine Beschwerde der SL wegen Nichtzulassung zu und weist nach Beratungen die KQZ an, die SL für die Wahl zu zertifizieren. Am 27.12. klagt die Regierungspartei VV gegen die Anweisung der PZAP beim Obersten Gerichtshof. Am 31.12. lässt die KQZ die SL schließlich zu, da diese rechtlich an die Anweisung der PZAP gebunden sei.

26. Kosovo schließt weitere serbische Behörden Mit einem Polizeieinsatz schließt die kosovarische Regierung in Nord-Mitrovica mit der „Direktion für Bauland“ und dem „Wohnungsamt“ zwei weitere (illegale) Einrichtungen mit insgesamt 70 Beschäftigten der serbischen Parallelverwaltung in Kosovo.

27. Vier neue Botschaften Außenminister Igli Hasani teilt mit, dass Albanien im neuen Jahr vier weitere Botschaften errichten wird, in Bosnien-Herzegowina, Indien, Indonesien und Kenia. – Albanien hatte vor längerer Zeit aus Einsparungsgründen eine Reihe seiner Vertretungen geschlossen.

31. Auflösung des Hörerklubs von Radio Tirana Im 32. Jahr seines Bestehens löst sich der am 1.1.1993 von Werner Schubert gegründete „Deutschsprachige Hörerklub von Radio Tirana“ auf, in dem sich Hörerinnen und Hörer der deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana International sowie Kurzwellenfreunde zusammengeschlossen hatten. Hintergrund der Entscheidung sind u.a. der Bedeutungsverlust der Kurzwelle als Übertragungsmedium sowie generell des internationalen Auslandrundfunks. Der Hörerklub veröffentlichte seit seiner Gründung 85 Mitgliederrundbriefe und unterstützte die Deutsche Redaktion von Radio Tirana u.a. mit dem Druck von QSL-Karten.